

Einkommenspolitik als Stabilisierungspolitik

Diplomarbeit

von

Theodor Stahmeyer

zum Abschluss als Diplom-Volkswirt

Westfälische Wilhelms-Universität Münster

Fachbereich Wirtschafts- und Sozialwissenschaften

Themensteller: Herr Prof. Dr. Erik Boettcher

Abgabe: 20. Oktober 1975

Inhalt	Seite
I. Einleitung	5
II. Stabilisierungspolitik - gesetzlicher Auftrag ohne Konsequenzen?	8
A. Soziale Auswirkungen stabilisierungspolitischer Misserfolge	8
B. Zur Verbindlichkeit und Interpretation des Stabilitätsgesetzes	10
C. Empirische Bestandsaufnahme wirtschaftspolitischer Ergebnisse	12
III. Ursachen wirtschaftspolitischer Misserfolge	14
A. Verfehlte Geld- und Fiskalpolitik	14
B. Anbieterdeterminiertes Verhalten in der Wirtschaft	16
1. Die Theorie vom autonomen Lohnkostendruck	16
a. Theoretische Erklärungsansätze der Lohnkostendruckinflation	16
b. Kritische Bemerkungen zu den Implikationen des Lohnbildungsprozesses	17
2. Die Theorie vom administrierten Preisverhalten	22
a. Theoretische Erklärungsansätze des administrierten Preisverhaltens	22
b. Einige wirtschaftspolitische Konsequenzen des Preisverhaltens	23
3. Die Theorie vom inflationären Einkommensanspruchsverhalten	24
C. Zusammenfassung	25
IV. Einkommenspolitische Instrumente einer Stabilisierungspolitik	27
A. Einkommenspolitik und Interventionsgrad	27
1. Zur Begründung einer Einkommenspolitik	27
2. Definitive Einengung der Einkommenspolitik	28
3. Intensitätsgrade einkommenspolitischer Interventionen	30

	Seite
B. Einzelne Instrumente einkommenspolitischer Interventionen	31
1. Varianten und Konzepte der Lohnpolitik	31
a. Kostenniveau-neutrale Lohnpolitik zur Stabilisierung der gesamtwirtschaftlichen Kosten	32
1. Das Konzept der kostenniveau-neutralen Lohnpolitik	32
2. Kritik zu den Implikationen des Konzepts	33
b. Längerfristige, produktivitätsorientierte Lohnpolitik als Verstetigungspolitik	35
1. Zum Leitbild der längerfristigen, produktivitätsorientierten Lohnpolitik	35
2. Kritik zu den Implikationen des Leitbildes	36
c. Vorschläge zur Konfliktregulierung einer stabilitäts- und verteilungsorientierten Tarifpolitik	41
2. Preispolitische Interventionen	44
a. Moral-suasion-Politik	44
b. Preiskontrollen und Genehmigungsverfahren	44
c. Preisstopp	45
d. Aspekte einer Cost-Benefit Betrachtung preispolitischer Kontrollen	46
3. Instrumente einkommenspolitisch wirksamer Strukturpolitik	47
a. Arbeitsmarktpolitik	47
b. Verbraucherpolitik	49
c. Wettbewerbspolitik	50
C. Zu dem Vorschlag einer prozess- und verteilungspolitisch integrierten Einkommenspolitik	52
V. Einkommenspolitik als Bestandteil eines komplexen stabilisierungspolitischen Konzepts	56
Abkürzungsverzeichnis	4
Literaturverzeichnis	57

Abkürzungsverzeichnis

a.a.O.	am angegebenen Orte
AFG	Arbeitsförderungsgesetz
Bd.	Band
BMWF	Bundesministerium für Wirtschaft und Finanzen
BRD	Bundesrepublik Deutschland
BverfG	Bundesverfassungsgericht
bzw.	beziehungsweise
DGB	Deutscher Gewerkschaftsbund
d.h.	das heißt
DM	Deutsche Mark
EWG	Europäische Wirtschaftsgemeinschaft
HbgJb	Hamburger Jahrbuch für Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik
Hj.	Halbjahr
hrsg.	herausgegeben
Hrsg.	Herausgeber
JbfN	Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik
Jg.	Jahrgang
JG	Jahresgutachten
Mrd.	Milliarden
NF	Neue Folge
No.	Nummer
Nr.	Nummer
OECD	Organisation for Economic Co-operation and Development
o. J.	ohne Jahresangabe
ORDO	Jahrbuch für die Ordnung von Wirtschaft und Gesellschaft
SVR	Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung
Tsd.	Tausend
u. a.	und andere
USA	United States of America
usw.	und so weiter
vgl.	vergleiche
Vol.	Band
WiSt	Wirtschaftswissenschaftliches Studium
WISU	Das Wirtschaftsstudium
WSI	Wirtschafts- und sozialwissenschaftliches Institut des Deutschen Gewerkschaftsbundes GmbH
z.B.	zum Beispiel
Ziff.	Ziffer

Tabellen

Tabelle 1	Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte, 1967-1975/1.Hj., Veränderung gegenüber Vorjahr in %
Tabelle 2	Indikatoren zur Arbeitsmarktlage für das Ziel „hoher Beschäftigungsstand“, 1967-1975/1.Hj.

I. Einleitung

"Die zunehmende Besorgnis über die sich verstärkenden Instabilitäten im Wirtschaftsablauf und über die offenkundigen Misserfolge der praktizierten Globalsteuerung haben das Thema "Stabilisierungspolitik" besonders aktuell werden lassen."¹

Es ist nicht mehr allein die sich beschleunigende Geldentwertung bei steigendem Inflationssockel; auch andauernde Unterbeschäftigung und Wachstumsverluste charakterisieren zunehmend und vor allem in der heutigen Zeit die Instabilitäten. Verwunderlich muss die Entwicklung deshalb erscheinen, weil sie sich trotz zunehmender staatlicher Eingriffe in den Wirtschaftsprozess - oder gerade deshalb? - vollzieht. Die traditionellen Instrumente der Geld- und Fiskalpolitik sowie die ergänzenden Maßnahmen der außenwirtschaftlichen Absicherung haben bei der Steuerung der gesamtwirtschaftlichen Nachfrageaggregate Konsum, Investition und Ausfuhr offensichtlich versagt. Oder ist es die Vernachlässigung des Angebots durch die Globalsteuerung?²

Die Fehlleistungen der makroökonomischen Prozesspolitik zur Steuerung der volkswirtschaftlich relevanten Größen und die mangelnde Sicherung und Gestaltung der Marktwirtschaftsordnung forderten die Entwicklung eines neuen Stabilisierungsinstruments heraus. Das Instrument - die Einkommenspolitik - will dort ansetzen, wo nicht mehr von funktionierenden Marktmechanismen gesprochen werden kann und die erforderliche Lenkungsfunction der Preise und Einkommen durch Anbietermacht aufgehoben ist.³ Der Ansatz liegt also im Mikrobereich, wo über die Einkommensentstehung und -verteilung wesentlich mitentschieden wird. Dementsprechend müsste die Einkommenspolitik selektiv ausgerichtet sein.

¹ B. Gahlen, Grundfragen der Stabilisierungspolitik, in: Stabilisierungspolitik, WSI-Studie zur Wirtschafts- und Sozialforschung, Hrsg. WSI, Studie Er. 27, Köln 1974, S. 7.

² vgl. H.-J. Schmahl, Globalsteuerung der Wirtschaft, Hamburg 1970, S. 14 ff.; H.-J. Schmahl, Prozesspolitik und Wirtschaftsordnung in der Bundesrepublik Deutschland, in: Wirtschaft und Gesellschaft, Ordnung ohne Dogma, Festschrift für H.-Di. Ortlieb, Hrsg. E. Arndt, W. Michalski, B. Molitor, Tübingen 1975, S. 171 f.

³ vgl. H.-A. Pfromm, Einkommenspolitik und Verteilungskonflikt, Dissertation Frankfurt; o. J., Köln 1975, S. 10 f.

Das Thema der Arbeit hat der Verfasser in folgender Weise aufgegriffen:

Die Grundzüge bisher geübter Praxis und konzipierte Vorschläge und Empfehlungen einkommenspolitischer Interventionen werden auf ihre Durchsetzbarkeit, ihre Konsequenzen und Erfolge oder Erfolgsaussichten in Bezug auf die Stabilisierungsziele hin, - vor allem auf Preisniveau und Vollbeschäftigung -, untersucht. Geld- und fiskalpolitische, verteilungspolitische, machtpolitische, allgemeinpolitische und institutionelle sowie ordnungspolitische Bedingungskonstellationen erscheinen als Faktoren, die den Einkommensbildungsprozess entscheidend mit prägen.

Als Ergebnis kann festgehalten werden, dass die einkommenspolitischen Interventionen ähnlich global ausgerichtet sind wie die globale Nachfragesteuerung. Das wird besonders deutlich in den Konzepten, die über direkte Eingriffe in die Einkommensentstehung eine globale Beeinflussung der Einkommensverwendung herbeiführen wollen. Im Grunde genommen tragen die Vorschläge a priori schon den Charakter einer globalen Nachfragesteuerung über die zeitliche und sachliche Trennung im Entstehungsprozess von der Verwendung der Einkommen.

Die Nachfragesteuerung über die Beeinflussung im Einkommensentstehungsprozess muss scheitern; denn das eigentliche Problem - der mit machtpolitischen Mitteln ausgetragene Verteilungskampf - wird nicht gelöst. Auch der Vorschlag einer verteilungs- und prozesspolitisch integrierten Einkommenspolitik von H.-A. Pfromm trägt nicht zur Lösung bei. Die Verteilungsfrage ist dort einseitig gelöst. Der prozesspolitische Aspekt trägt ähnliche Ansätze einer globalen Nachfragesteuerung über eine Einkommenssteuerung im Entstehungsprozess wie im zyklenübergreifenden Konzept des SVR.

Im Folgenden werden die Vorgehensweise und der Ablauf der Arbeit kurz skizziert. Einige erörternde Bemerkungen umreißen den stabilisierungspolitischen Aspekt im Hinblick auf seine politischen, sozialen, gesetzlichen und ökonomischen Konsequenzen. Dieser Abschnitt II greift die Notwendigkeit und Forderung nach stabilisierungspolitischen Maßnahmen auf.

Im Abschnitt III werden Untersuchungen über die Ursachen wirtschaftspolitischer Misserfolge angestellt. Über die einkommens- und beschäftigungstheoretischen sowie geldtheoretischen Erklärungsansätze werden einerseits Ursachen der Misserfol-

ge herausgestellt. Andererseits bleibt dieser Aspekt bei den folgenden Untersuchungen als Hintergrund bestehen. Der Punkt des anbieterbestimmten Verhaltens setzt dort an, wo die keynesianische und monetaristische Theorie überwiegend andere Verhaltensannahmen setzen. Der Abschnitt mündet in der Feststellung, dass Einkommensanspruchsverhalten zur Verletzung stabilisierungspolitischer Zielsetzungen führt.

Daraus ist die Forderung nach einkommenspolitischen Maßnahmen zur Begrenzung des Anspruchsverhaltens abzuleiten (Abschnitt IV). Im Einzelnen werden lohnpolitische, und preispolitische Instrumente sowie einkommenspolitisch wirksame Strukturmaßnahmen auf ihre Eignung als stabilisierungspolitisches Instrument hin untersucht. Den vor allen prozess- und ordnungspolitisch ausgerichteten Instrumenten folgt ein Vorschlag, der die verteilungspolitische Zielsetzung explizite einbezieht.

Der Schluss (Abschnitt V) stellt erstens die Standortbestimmung der Einkommenspolitik kurz heraus. Zweitens kommt es zu einem Fazit, welches mit der Forderung nach dem Ausbau der institutionellen Rahmenbedingungen und der Lösung der verteilungspolitischen Frage endet.

II. Stabilisierungspolitik - gesetzlicher Auftrag ohne Konsequenzen?

A. Soziale Auswirkungen stabilisierungspolitischer Misserfolge

"Stabilität" und "Stabilisierung", das sind in der heutigen Zeit häufig benutzte Vokabeln, von Politikern, Wissenschaftlern, Journalisten und in der öffentlichen Diskussion. Was verbirgt sich dahinter? Sind es die Sorgen und Ängste um das Fortbestehen der Marktwirtschaft und die freiheitlich demokratische Grundordnung?⁴ Beides mag zutreffen. Eine Gruppe von neun Professoren urteilt dazu: "Die Inflation untergräbt das Fundament einer freien Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung."⁵

Aber im September 1975 bereitet nicht nur die ungebrochene Geldwertverschlechterung Sorgen, durchschnittlich etwa 1.100.000 Menschen in der Bundesrepublik Deutschland haben seit Jahresbeginn keinen Arbeitsplatz, durchschnittlich etwa 300.000 Menschen leisten nur Kurzarbeit und vielen Tausend Gastarbeitern wurden die Arbeitsverträge nicht verlängert.⁶ Auguren beschwören im Winter 1975/76 gar mehr als 1,5 Millionen Arbeitslose herauf. Dass das Sozialprodukt vor diesem Hintergrund nicht mehr wie bisher wächst, ist die zwangsläufige Konsequenz der ökonomischen Wirkungszusammenhänge.

Wenn man die außenwirtschaftliche Komponente einmal außer Acht lässt, so muss das gleichzeitige Auftreten der nun schon länger anhaltenden Arbeitslosigkeit und der permanenten Inflation Besorgnis erregen. Die sozialen Auswirkungen sind gravierend. Rentner und Pensionäre sind trotz Dynamisierung der Renten die Hauptgeschädigten der Inflation; denn die Renten werden "nur mit einer zeitlichen Verzögerung an die Änderungen ihrer 'allgemeinen Bemessungsgrundlage'⁷ angepasst"⁸. Vor allem Kleinsparer werden für ihren Spareifer faktisch noch bestraft. Die zu erzielenden Zinssätze vermögen häufig nicht einmal die Inflationsverluste auszugleichen. Soweit Lohn- und Gehaltsempfänger ihre Einkommen zeitlich verzögert an

⁴ vgl. W. Meißner, Stabilisierungspolitik in der Bundesrepublik Deutschland: Systemstabilisierung?, in: Stabilisierungspolitik, WSI-Studie zur Wirtschafts- und Sozialforschung, Hrsg. WSI, Studie Nr. 27, Köln 1974, S. 47 ff.

⁵ E. Dürr u. a., Konzept zur Rückgewinnung der Stabilität, Bonn, 23. April 1974, S. 3

⁶ Das statistische Material wurde den Veröffentlichungen der Deutschen Bundesbank entnommen.

⁷ Die allgemeine Bemessungsgrundlage der Renten ist "der durchschnittliche Verdienst einer dreijährigen Periode vor dem Kalenderjahr, das dem Versicherungsfall vorangegangen ist". Vgl. M. Ziercke, Wem schadet die schleichende Inflation? „Wirtschaftsdienst“, Hamburg, 50. Jg. (1970), S. 593.

⁸ Ebenda.

die Inflation anpassen, reduzieren sich die Inflationsverluste im Nachhinein.⁹

Die im sozialen Wohnungsbau überwiegend zinslos gewährten staatlichen Darlehen bereiteten den Hauseigentümern Inflationsgewinne in Höhe von weit mehr als 15 Mrd. DM. Unternehmen gewannen an der Nachkriegsinflation wegen der Entwertung der Schulden schätzungsweise 70 Mrd. DM.¹⁰ Die Liste der Geschädigten und Begünstigten erhebt keinen Anspruch auf Vollständigkeit; sie könnte um viele Beispiele erweitert werden.

Die Beschäftigungsprobleme weisen je nach Personengruppen, Alter, Geschlecht, Nationalität und Leistungsvermögen unterschiedliche Schärfen¹¹ auf. Zwar mildern die kompensierenden und präventiven Maßnahmen des Arbeitsförderungsgesetzes¹² die Beschäftigungsrisiken und bewirken Schadensausgleich durch Kurzarbeitergelder, Arbeitslosengeld usw.; das Vorhandensein dieser sozialen Sicherungssysteme darf aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass sich vor allem die sozial schwachen Bevölkerungsgruppen durch eine zeitlich befristete Ausgliederung aus dem Arbeitsprozess als gesellschaftlich diskriminiert empfinden.

⁹ vgl. M. Ziercke, Die redistributiven Wirkungen von Inflationen, Wirtschaftspolitische Studien, Hrsg.: H. Jürgensen, Heft 19, Göttingen 1970, S. 44 ff.

¹⁰ vgl. M. Ziercke, Wem schadet die schleichende Inflation?, a.a.O., S. 595. Die angegebenen Zahlen beziehen sich nur auf die Jahre 1950-1969.

¹¹ vgl. A. Degen, Erfahrungen mit dem Arbeitsförderungsgesetz (AFG) in Nordrhein-Westfalen, Start in eine aktive Arbeitsmarktpolitik, Hrsg. DGB, Düsseldorf 1974, S. 22

¹² vgl. K. G. Werner, Arbeitsmarktpolitik in Nordrhein-Westfalen - eine Zwischenbilanz -, Start in eine aktive Arbeitsmarktpolitik, Hrsg. DGB, Düsseldorf 1974, S. 14 ff.

B. Zur Verbindlichkeit und Interpretation des Stabilitätsgesetzes

Angesichts der sozial- und wirtschaftspolitischen Misserfolge stellt sich vielen Menschen die Frage, ob unsere Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung ausgedient hat und das im Jahre 1967 vom Bundestag beschlossene "Gesetz zur Förderung der Stabilität und des Wachstums der Wirtschaft" ohne Konsequenzen geblieben ist.

Der § 1 StabG enthält eine umfassende, verbale Zieldeklaration:

"Bund und Länder haben bei ihren wirtschafts- und finanzpolitischen Maßnahmen die Erfordernisse des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts zu beachten. Die Maßnahmen sind so zu treffen, dass sie im Rahmen der marktwirtschaftlichen Ordnung gleichzeitig zur Stabilität des Preisniveaus, zu einem hohen Beschäftigungsstand und außenwirtschaftlichem Gleichgewicht bei stetigem und angemessenem Wirtschaftswachstum beitragen."

Die verbalen Zielvorgaben indes sagen wenig aus, wenn sie nicht präziser interpretiert werden. Es müssen Messgrößen genannt werden, denen numerische Werte zuzuordnen sind. Vage Zielformulierungen erschweren die Orientierung und Überprüfung zu treffender bzw. vollzogener Maßnahmen. Auf die Probleme der Messgrößenbestimmung und der Quantifizierung wird an dieser Stelle nicht weiter eingegangen.¹³

Wirtschaftspolitische Zielsetzungen müssen aber nicht nur operational definiert worden, sondern auch realistisch sein.¹⁴ Unrealistische Zielvorgaben könnten sozialen Gruppen Opfer abverlangen, die sie zu tragen nicht in der Lage sind. Schließlich sind die Ziele im Zusammenhang zu betrachten. Wenn die von¹⁵ Phillips untersuchten Relationen zutreffen und zwischen Arbeitslosigkeit und Preisniveau eine Konfliktbeziehung besteht, bedarf es politischer Entscheidungen, die dem einen oder

¹³ vgl. J. Tinbergen, Wirtschaftspolitik, zweite, unveränderte Auflage, Freiburg 1972, S. 95 ff., H.-J. Schmahl, Prozesspolitik und Wirtschaftsordnung in der Bundesrepublik Deutschland, in: Wirtschaft und Gesellschaft, Ordnung ohne Dogma, Festschrift für H.-D. Ortlieb, Hrsg. E. Arndt, W. Michalsi, B. Molitor, Tübingen 1975, S. 174

¹⁴ vgl. H.-J. Schmahl, Globalsteuerung der Wirtschaft, Hamburg 1970, S. 19

¹⁵ vgl. A. W. Phillips, The Relation between Unemployment and the Rate of Change of Money Wage Rates in the United Kingdom, 1861 - 1957, in: *Economica*, New Series, Vol. XXV, London 1958, S. 299. Der angegebene Zusammenhang be-

anderen Ziel Priorität beimessen.

Der Sachverständigenrat erklärt dazu im Jahresgutachten 1964/65, dass "immer jenen Zielen die größte Aufmerksamkeit (zu) widmen (sei), die in der jeweiligen gesamtwirtschaftlichen Lage und derer absehbarer Entwicklung am wenigsten verwirklicht sind"¹⁶.

dürfte allerdings weiterer Klärung.

¹⁶ SVR, JG 1964/65, Vorwort Ziff. 3.

C. Empirische Bestandsaufnahme wirtschaftspolitischer Ergebnisse

Die oben angedeutete momentane Situation sieht die stabilisierungspolitischen Ziele "Stabilität des Preisniveaus", "hoher Beschäftigungsstand" und "stetiges und angemessenes Wachstum", gemessen an den quantitativen Zielvorgaben, gleichzeitig schwerwiegend verletzt.¹⁷ Ob es sich bei den Ergebnissen um einmalige oder um eine wiederkehrende Verletzung von Zielen handelt, soll im Folgenden kurz verdeutlicht werden.

Die jährliche Steigerungsrate des Preisindex als Indikator für das Ziel Preisniveaustabilität zeigt folgende Werte für die Bundesrepublik Deutschland.

Tabelle 1 - Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte, 1967 - 1975/1- Hj., Veränderung gegenüber Vorjahr in %.

Jahr	1967	1968	1969	1970	1971	1972	1973	1974	1975 1.Hj.
% Infl.Rate	1,6	1,6	1,9	3,4	5,3	5,5	6,9	7,0	6,1

Quelle: Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, 27. Jg. Nr. 8, Frankfurt 1975, S. 63. Der Wert für 1975/1. Hj. wurde aus den Monatswerten des Jahres 1975 ermittelt.

Gemessen am Zielwert eines jährlichen Preisanstiegs von 1 bis 2 % ist dieses Teilziel spätestens seit 1970 eklatant verletzt worden.¹⁸ Darüber hinaus muss die sich beschleunigende Tendenz beachtet werden. Der Sachverständigenrat spricht von Inflationsgewöhnung, die dazu führt, dass die Wirtschaftssubjekte in ihren Dispositionen die vermeintliche zukünftige Geldwertentwicklung mit berücksichtigen.¹⁹ Setzt sich ein solches antizipierendes Verhalten unwidersprochen durch, ist der weitere Weg der Geldwertverschlechterung schon jetzt vorgezeichnet. Wenn auch die Bundesrepublik Deutschland gegenüber anderen westlichen Industrienationen eine noch günstige Inflationsentwicklung²⁰ aufweist, dürfen die damit zusammenhängenden wirtschafts- und sozialpolitisch misslichen Begleitumstände nicht einfach hingenommen werden.

¹⁷ vgl. B. Gahlen, Grundfragen der Stabilisierungspolitik, in: Stabilisierungspolitik, WSI-Studie zur Wirtschafts- und Sozialforschung, Hrsg. WSI, Studie Nr. 27, Köln 1974, S. 8 ff.

¹⁸ vgl. H.-J. Schmah, Globalsteuerung der Wirtschaft, a.a.O., S. 20

¹⁹ vgl. SVR, JG 1972/73, Ziff. 341 ff.

²⁰ vgl. G. Grosser, Das Inflationsproblem in internationaler Sicht, HbgJb, Hrsg. K.-D. Ortlieb, B. Molitor, W. Krone, 18. Jahr, Tübingen, S. 99 ff.

Die jahresdurchschnittliche Arbeitslosenquote als Indikator für das Ziel "hoher Beschäftigungsstand" weist zwar, gemessen am Zielwert von 1 %, nach 1967 eine statistisch günstigere Entwicklung auf. Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit der Jahre 1974 und 1975 erreichten aber ein nach dem 2. Weltkrieg noch nicht da gewesenes Niveau. Das gleichzeitige Auftreten von hoher Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit sowie hohen Preissteigerungsraten deuten mit zunehmender Dauer auf eine ausgeprägte Stagflation.²¹

Tabelle 2 - Indikatoren zur Arbeitsmarktlage für das Ziel "hoher Beschäftigungsstand", 1967 - 1975/1. Hj.

Jahr	1967	1968	1969	1970	1971	1972	1973	1974	1975 1.Hj.
A _q	2,1	1,5	0,9	0,7	0,9	1,1	1,3	2,6	4,8
A _l	459	323	179	149	185	246	274	583	1093
K	143	10	1	10	86	76	44	292	883
O	302	488	747	795	648	546	572	315	253

A_q Arbeitslosenquote in % der abhängigen Erwerbspersonen ohne Soldaten
A_l Arbeitslose (in Tsd.)
K Kurzarbeiter (in Tsd.)
O Offene Stellen (in Tsd.)

Quelle: Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, 27. Jg. Nr. 8, Frankfurt 1975, S. 63. Die Werte für 1975/1. Hj. wurden aus den Monatswerten des Jahres 1975 ermittelt.

Ausschöpfendere Darlegungen könnten die Problematik der Messgrößen, der Quantifizierung und der Interpretation²² der wirtschaftlichen Entwicklung vertiefen und verdeutlichen. Sie müssen jedoch ob der noch zu diskutierenden, wesentlicheren Aspekte dieser Arbeit einen vergleichsweise bescheidenen Raum einnehmen.

Die folgenden Ausführungen orientieren sich in erster Linie an den Zielen Vollbeschäftigung und Preisniveaustabilität. Das Wachstumsziel kann nicht explizite angesprochen werden; einige Interdependenzen mit den genannten Zielen werden jedoch sichtbar. Das Ziel des "außenwirtschaftlichen Gleichgewichts" wird vernachlässigt.

²¹ vgl. H.-J. Schmah, Stagflation - Herausforderung für die Wirtschaftspolitik, in: Stabilisierungspolitik, WSI-Studie zur Wirtschafts- und Sozialforschung, Hrsg. WSI, Studie Kr. 27, Köln 1974, S. 145 ff.

²² Auf die Darlegung empirischen Materials zum Wachstumsziel wird verzichtet.

III. Ursachen wirtschaftspolitischer Misserfolge

A. Verfehlte Geld- und Fiskalpolitik

Die Ursachen der wirtschaftspolitischen Misserfolge wurden bisher überwiegend in der mangelnden Effizienz und der verfehlten Handhabung der Geld- und Fiskalpolitik gesehen.

Vertreter der neu konzipierten Quantitätstheorie sehen in der Realisierung einer konstanten Wachstumsrate der Geldmenge eine Schlüsselgröße zur Kontrolle von Preisniveau und nominellem Volkseinkommen.²³ Über die Regulierung der Geldmenge können zudem "Schwankungen der Wachstumsrate des Sozialprodukts und der Beschäftigung vermieden werden"²⁴. Misserfolge sind dementsprechend allein auf die verfehlte Geldpolitik, vor allem auf die diskretionäre Geldmengenpolitik der Zentralbank zurückzuführen.²⁵

Der Fiskalpolitik als Stabilisierungsinstrument kommt nach Auffassung der Monetaristen nur eine unbedeutende Rolle zu. Die Keynesianische Theorie²⁶ sieht in der Übernachfrage die dominierende Ursache für die Inflation und fordert als Konsequenz daraus eine Steuerung der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage mittels der kompensatorischen Fiskalpolitik; d. h. von der Fiskalpolitik gehen restriktive und expansive Effekte auf die Veränderung des realen Sozialprodukts, der Beschäftigung und des Preisniveaus aus.

Das Scheitern der Fiskalpolitik wird auf die mangelnde Flexibilität des Marktpreismechanismus sowie Hindernisse bei der zeitlichen und sachlichen politischen Durchsetzung²⁷ zurückgeführt.²⁸ Geld- und fiskalpolitische Instrumente sind, isoliert oder kombiniert angewendet, nicht allein in der Lage, Beschäftigungsschwankungen

²³ vgl. M. Friedman, The Role of Monetary Policy, "The American Economic Review", Vol. 58 (1966), S. 16

²⁴ H.-J. Jarchow, Theorie und Politik des Geldes, I. Geldtheorie, Göttingen 1973, S. 272

²⁵ Diese ursprüngliche Annahme wurde von vielen Monetaristen stark relativiert und zwar durch realistischere Annahmen über die Flexibilität bzw. Inflexibilität von Löhnen und Güterpreisen. Vgl. K. Brunner, Eine Neuformulierung der Quantitätstheorie des Geldes, "Kredit und Kapital", Berlin, 3. Jg. (1970), S. 22 ff.

²⁶ vgl. H.-J. Jarchow, des, I. Geldtheorie, a.a. O., S. 197-233

²⁷ vgl. H. Timm, Wirksame konjunkturpolitische Instrumente, „Wirtschaftsdienst“, Hamburg, 47. Jg. (1967), S. 354 - 355, S. 359.

²⁸ Die ausführliche Problematik des monetaristischen und keynesianischen Systems als traditionelle Erklärungsversuche volkswirtschaftlich relevanter Größen und Ziele kann und soll in dem vorgezeichneten Rahmen nicht erörtert werden. Auf einige Wechselbeziehungen zwischen den Wirkungen der Geld- und Fiskalpolitik und dem einkommenspolitischen Anspruchsverhalten der Wirtschaftssubjekte wird später noch eingegangen.

und Inflation zu beseitigen. Der Grund dafür liegt neben den bereits genannten Mängeln in der fehlenden Berücksichtigung der Verhaltensweisen der Wirtschaftssubjekte. Geld- und Fiskalpolitik können aber, im richtigen Zeitpunkt eingesetzt, zielgerichtet monetäre Ansprüche limitieren und konjunkturelle Fehlentwicklungen kompensieren.²⁹

²⁹ vgl. SVR, Sondergutachten vom 19. Aug. 1975: Zur konjunkturpolitischen Lage im August 1975, Ziff. 2 Ziff. 31 ff., SVR, JG 1974/75, Ziff. 397 ff.

B. Anbieterdeterminiertes Verhalten in der Wirtschaft

Angebotsinflationstheorien wurden in den USA Ende der 50er Jahre verstärkt diskutiert. Das auslösende Moment war ein Anstieg des Consumer Price Index, der nach neun Monaten Rezession im April 1958 ein höheres amerikanisches Preisniveau anzeigte als zu Beginn der Rezession im Juli 1957. Die Preisentwicklung war deshalb so bemerkenswert, weil sie sich sowohl bei einem Rückgang der monetären Konsum- als auch der Investitionsgüternachfrage vollzog.³⁰

1. Die Theorie vom autonomen Lohnkostendruck

a. Theoretische Erklärungsansätze der Lohnkostendruckinflation

Die Theorie der Kostendruckinflation beinhaltet als wesentliche Ausprägungsform die Theorie der Lohnkostendruckinflation. Die beiden Begriffe werden vielfach synonym benutzt. G. Ackley betont: "Cost Inflation has almost invariably been described as stemming from labor-union pressure on wage rates."³¹ Der inflationäre Lohnkostendruck wird ausgelöst durch die dominierende Macht der monopolistischen Gewerkschaften. Diese sind in der Lage, autonom Lohnerhöhungen, und sonstige Nebenleistungen durchzusetzen, die sich weder an Angebots- und Nachfragebedingungen oder Wachstumsraten noch an Produktivitätssteigerungen der Gesamtwirtschaft orientieren.³²

Die in produktivitätsstarken Industrien erzielten Lohnsteigerungen werden allmählich auch in Industrien und anderen Wirtschaftsbereichen mit unterdurchschnittlicher Produktivitätsentwicklung verwirklicht. Da Gewerkschaften auf negative Beschäftigungswirkungen z.B. im Abschwung keine Rücksicht nehmen, kann das Beschäftigungsniveau nur aufrechterhalten werden, wenn über den Produktivitätszuwachs hinausgehende Lohnsteigerungen von den Unternehmen durch Preiserhöhungen kompensiert werden oder diese Gewinneinbußen in Kauf nehmen.³³ Werden Kostenüberwälzungen auf die Preise durch z.B. geldpolitische Maßnahmen verhindert, ergeben sich bei unveränderten Gewinnansprüchen im Gefolge Produktions-

³⁰ vgl. P. Bohley, Preistheorie und "Administered Price Behaviour", "Konjunkturpolitik", Berlin, 10. Jg. (1964), S. 237 f.

³¹ G. Ackley, A Third Approach to the Analysis and Control of Inflation, in: The Relationship of Prices to Economic Stability and Growth, Joint Economic Committee, Washington 1958, S. 622.

³² vgl. H.-A. Pfromm, Einkommenspolitik und Verteilungskonflikt, Dissertation Frankfurt o. J., Köln 1975, S. 25 ff.

³³ vgl. G. Haberler, Geldinflation, Nachfrageinflation, Kosteninflation, in: Stabile Preise in wachsender Wirtschaft, Festschrift für E. Schneider zum 60. Geburtstag, Hrsg. G. Bombach, Tübingen 1960, S. 83 ff.

einschränkungen und Arbeitslosigkeit. Unternehmen stellen unrentabel gewordene Produktionen ein.

b. Kritische Bemerkungen zu den Implikationen des Lohnbildungsprozesses

Hat die Theorie vom autonomen Lohnkostendruck Gültigkeit, wann und unter welchen Umständen findet sie sich belegt? Streben die deutschen Gewerkschaften mit expansiven Lohnforderungen danach, die Widersprüche des Kapitalismus aufzuzeigen³⁴, so erscheinen die Ursachen der schleichenden Inflation offensichtlich. Aber sowohl Mitglieder als auch die Führungsschicht im Deutschen Gewerkschaftsbund haben sich überwiegend darauf eingestellt, Lohn- und Gesellschaftspolitik in einer Marktwirtschaft zu betreiben.³⁵ Sie verfolgen mit der Tariflohnpolitik das Ziel, die Verteilungsposition sowie die Arbeitsbedingungen auch der potentiellen Mitglieder zu verbessern.³⁶ Erfolge in der Lohnpolitik dienen dem Ausbau des organisierten Mitgliederbestandes sowie der Sicherung der gewerkschaftlichen Leitungsorgane in ihren Führungspositionen.³⁷ Zwar binden hohe Tarifabschlüsse die Mitglieder an die Gewerkschaften; Lohnerhöhungen sind aber neben Arbeitslosigkeit und Beschäftigung nur ein Bestimmungsgrund gewerkschaftlicher Mitgliederbewegung.³⁸ Den Gewerkschaften droht die Gefährdung der Tarifautonomie durch staatliche Interventionen, wenn eine überzogene Lohnpolitik die staatlichen Ziele verletzt. Die aufgezeigten machtpolitischen Zielsetzungen der Gewerkschaften dürften keine hinreichende Begründung inflationärer Lohnansprüche sein.

Versuchen die Gewerkschaften mit Hilfe einer überzogenen, nicht nachfrageorientierten Lohnpolitik, die Verteilungsposition der Lohnempfänger autonom zu verbessern, so kann das nicht ohne Konsequenzen bleiben. Soweit die staatliche Wirtschaftspolitik die Überwälzungsspielräume mit geldpolitischen Mitteln nicht beeinflusst oder ausschließt, werden die Unternehmen auf die distributive Lohnpolitik mit Preiserhöhungen antworten.³⁹ Antizipieren die Gewerkschaften in ihren Nomi-

³⁴ vgl. U. Teichmann, Lohnpolitik, Stuttgart 1974, S.46 f.

³⁵ vgl. A. Christmann, Gewerkschaftsbewegung und Gewerkschaftstheorie, Dissertation Hamburg 1963, S. 92 ff.

³⁶ vgl. U. Teichmann, Lohnpolitik, a.a.O, S.19

³⁷ vgl. K. W. Rothschild, Unterschiedliche Dimensionen der Lohntheorie, in: Lohnpolitik und Einkommensverteilung, Hrsg. H. Arndt, Schriften des Vereins für Socialpolitik, NF Bd. 51, Berlin 1969, S. 72

³⁸ vgl. G. Brauckmann, Der Einfluss des Konjunkturverlaufs auf die gewerkschaftliche Mitgliederbewegung, Dissertation Waltrop 1972, Bochum 1972, S. 47 ff.

³⁹ vgl. SVR, Sondergutachten 1975, Ziff. 31

nallohnforderungen die weiter fortschreitende Geldentwertung, so dürfte sich die Lohn-Preis- bzw. Preis-Lohn-Spirale beschleunigt und verstärkt weiterentwickeln.

Wenn die monetäre Politik den Preisauftrieb bremst, zeigen sich spürbare Folgen in Produktion und Beschäftigung.⁴⁰ Eine geringere Geldversorgung und hohe Zinsen veranlassen die Unternehmen, keine zusätzlichen Investitionen oder Ersatzinvestitionen vorzunehmen, d.h. Arbeitsplätze aufzugeben. Einerseits beschneiden die erhöhten Lohnkosten und die geringere Kapazitätsauslastung die Gewinnaussichten, andererseits werden fremdfinanzierte Investitionen unrentabel. Verändern steigende Arbeitslosenzahlen den Lohndruck der Industriegewerkschaften?⁴¹ Da die Verteilungsposition der Lohnempfänger sowohl die Anzahl der Beschäftigten als auch den Lohn je Beschäftigten beinhaltet, streben die Industriegewerkschaften nach einem Optimum.⁴² Es gilt, zwischen möglichst hohem Individuallohn und möglichst hoher Beschäftigung einen Kompromiss zu finden, wenn die Gewerkschaften "der Frage der Beschäftigung ihrer tatsächlichen und potentiellen Mitglieder nicht gleichgültig gegenüberstehen"⁴³ wollen. Die Notwendigkeit eines solchen Handelns schwankt allerdings mit der strategischen Position im Konjunkturverlauf.⁴⁴ Die staatliche Vollbeschäftigungsgarantie trägt ihren Teil dazu bei, dass Einbußen bei Beschäftigung und Wachstum schnell überwunden werden.⁴⁵

⁴⁰ vgl. SVR, JG 1974/75, Ziff. 170

⁴¹ vgl. SVR, JG 1974/75, Ziff. 338

⁴² vgl. K. W. Rothschild, Unterschiedliche Dimensionen der Lohntheorie, a. a. O., S. 67 f.

⁴³ Ebenda, S. 67

⁴⁴ Nicht nur der Lohndruck über Tarifloohnerhöhungen schwankt im Konjunkturverlauf, sondern auch die von betrieblichen, außertariflichen Lohnerhöhungen ausgehende gesamtwirtschaftliche Lohndrift - "die Differenz zwischen den prozentualen Effektiv- und Tarifloohnerhöhungen". SVR, JG 1973/74, Ziff. 116

⁴⁵ vgl. H.-J.Schmahl, Prozesspolitik und Wirtschaftsordnung, a.a.O. S. 178

Natürlich kann es keine faktische Vollbeschäftigungsgarantie geben; aber Absichtserklärungen der Regierung und Forderungen der Opposition, vor allem in Vorwahl- und Wahlzeiten, lassen immer wieder baldige Maßnahmen zur Wiedergewinnung der Vollbeschäftigung erwarten.⁴⁶ Berücksichtigt man die oben aufgezeigten Argumente, so wird es den Gewerkschaften leicht gemacht, mittels Lohndruck preistreibende Wirkungen zu erzeugen. Denn das Ziel der gewerkschaftlichen Beschäftigungssicherung tritt unversehens in den Hintergrund, wenn der Staat diese Aufgabe übernimmt. Das Argument bezieht sich auf unternehmerisches Preisverhalten in gleicher Weise.

Empirische Tests des autonomen Lohnkostendrucks werden erhebliche Schwierigkeiten bereiten. Steigende Löhne können, auch wenn sie über dem Produktivitätszuwachs liegen, allein das Ergebnis einer konjunkturellen Übernachfragesituation sein. Preissteigerungen als Indiz für eine Lohndruckinflation zu werten, wäre dann sicherlich verfehlt.⁴⁷

Neben den machtpolitischen und wirtschaftspolitischen sind institutionelle Faktoren des gewerkschaftlichen Lohnbildungsprozesses zu untersuchen. Der institutionelle Aspekt beinhaltet die Tatsache, dass Gewerkschaften aus Unsicherheit über Stärke und Dauer der konjunkturellen Phasen die Löhne tarifvertraglich befristet abschließen.⁴⁸ Während dieser Zeitspanne sind sie verpflichtet, die ausgehandelten Tariflöhne einzuhalten.⁴⁹ Die tarifpolitischen Entscheidungen werden nur selten in anhaltend ausgeglichenen Konjunkturphasen getroffen, so dass sie bereits nach kurzer Zeit nicht mehr der wirtschaftlichen Entwicklung entsprechen. Einerseits ist der Lohn das Resultat der vergangenen konjunkturellen Lage, andererseits beeinflusst er den weiteren Konjunkturverlauf mit.⁵⁰ Damit einhergehende Veränderungen wirtschaftlicher Aktivitäten bewirken bei Konstanz der Tariflöhne unterschiedliche Veränderungen der Lohn- und Gewinnanteile, also Verschiebungen in der Einkommensverteilung.⁵¹ Diese institutionell bedingte zeitliche Verzögerung der Lohn-

⁴⁶ vgl. K. W. Rothschild, Politische und ökonomische Aspekte der permanenten Geldentwertung, in: Beschleunigter Geldwertschwund, - Ursachen und Konsequenzen -, K. W. Rothschild, H.-J. Schmah, Hamburger Hefte für Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik, Hrsg. H.-D. Ortlieb, Heft Nr. 6/7, Hamburg 1973, S. 51 f.

⁴⁷ vgl. H.-A. Pfromm, Einkommenspolitik und Verteilungskonflikt, a.a.O., S. 29

⁴⁸ vgl. SVR, JG 1974/75, Tabelle 11, S. 64 f.

⁴⁹ vgl. SVR, JG 1972/73, Ziff. 457

⁵⁰ vgl. U. Teichmann, Lohnpolitik, a.a.O., S.106

⁵¹ vgl. SVR, JG 1972/73, Ziff. 455 f.

entwicklung - in der Literatur auch unter dem Begriff "Lohn-lag" diskutiert⁵² - wird, wie der Sachverständigenrat empirisch belegt, sowohl im Aufschwung als auch im Abschwung wirksam.⁵³ Im Abschwung ausgehandelte Tarifverträge tragen die Spuren des Konflikts zwischen Beschäftigungssicherung aller Arbeitnehmer und der Einkommensverbesserung der nicht arbeitslosen Arbeitnehmer. Der Konflikt wird verschärft durch die Unsicherheit über die zukünftige konjunkturelle Entwicklung.⁵⁴ Eine autonome Lohnfestsetzung ist im Abschwung bzw. in einer Rezession nicht gegeben, weil es gilt, einen Kompromiss zwischen hohem Individuallohn und hoher Beschäftigung zu suchen.⁵⁵

Der Boom bietet den Gewerkschaften eine strategisch wesentlich günstigere Ausgangsposition. Das Ziel der Beschäftigungssicherung hat seine Priorität vollkommen verloren. Wegen der verzögerten Lohnanpassung werden nun die produktivitätsbedingten Einkommenseinbußen der Vergangenheit mit einbezogen in die Lohnforderungen. Im Bündel der gewerkschaftlichen Ansprüche sind außerdem die vergangenen inflationären Einkommensverluste enthalten, die zu erwartenden werden antizipiert. Insgesamt setzen die Gewerkschaften über Produktivitätsfortschritt und Gewinnzuwachs hinausgehende Lohnerhöhungen durch; sie betreiben verteilungsorientierte Lohnpolitik.⁵⁶

Gemessen an den Prämissen der Lohnkostendruckinflation wird die These des autonomen Lohndrucks zumindest tendenziell bestätigt; denn die im Boom so gut wie unilateral festgesetzten Löhne gelten bis in den von Produktivitätseinbußen begleiteten Abschwung. Sie wirken inflationär, weil Unternehmen, begünstigt durch Überwälzungsspielräume, die Lohnerhöhungen durch Preisaufschläge konterkarieren; sie wirken restriktiv auf die Beschäftigung, wenn Überwälzungsmöglichkeiten behindert werden und Unternehmen unrentable Investitionsobjekte aufgeben.

⁵² vgl. H.-G. Koblitz, Einkommensverteilung und Inflation in kurzfristiger Analyse, Berlin/New York 1971, S.19 ff.

⁵³ vgl. SVR, JG 1972/73, Ziff. 456

⁵⁴ vgl. B. Külp, Lohnbildung im Wechselspiel zwischen politischen und wirtschaftlichen Kräften, Volkswirtschaftliche Schriften, Hrsg. J. Broermann, Heft 84-, Berlin 1971, S. 140 ff.

⁵⁵ vgl. E. R. Dall'Asta, Theorie der Lohnpolitik, Volkswirtschaftliche Schriften, Hrsg. J. Broermann, Heft 156, Berlin 1971, S.60 f.

⁵⁶ vgl. B. Molitor, Verteilungswirkungen der schleichenden Inflation, HbgJb, Hrsg. H.-D. Ortlieb, B. Molitor, W. Krone, 15. Jahr, Tübingen 1970, S.80

Zusammenfassend kann festgehalten werden, dass macht-, wirtschafts- und verteilungspolitische sowie institutionelle Bedingungen im gewerkschaftlichen Lohnbildungsprozess verantwortlich sein können für das Zustandekommen von Inflation und Arbeitslosigkeit. Die Bedingungskonstellationen ändern sich jedoch im Konjunkturzyklus. Das Kurieren an einem der Symptome hebt die Wirksamkeit der anderen noch nicht auf.

2. Die Theorie vom administrierten Preisverhalten

a. Theoretische Erklärungsansätze des administrierten Preisverhaltens

Die Theorie vom administrierten Preisverhalten ist folgendermaßen zu charakterisieren: „For administered prices the price is rigid at least for a period of time and sales (and usually production) fluctuate with the demand at the rigid price.“⁵⁷ Der Kern eines solchen Verhaltens⁵⁸ liegt darin begründet, dass Unternehmen andere Ziele als die Gewinnmaximierung nach dem Marginalprinzip verfolgen. Unternehmensziel ist eine bestimmte Rendite auf das Eigenkapital oder eine vorgegebene Umsatzrendite. Als wesentliche Zielsetzung bleibt zu erwähnen, dass Unternehmen einen bestimmten Marktanteil halten wollen und sich darum in ihrer Preisgestaltung an den Preisen der Konkurrenten orientieren.⁵⁹

Ursachen für Preisänderungen können Veränderungen der Standardkosten, der Stückgewinne - z.B. durch gestiegene Stücklohnkosten - und Veränderungen der Zielsetzung selbst sein.⁶⁰ Wenn Preissteigerungen unabhängig von Kosten- und Nachfrageentwicklung zur Realisierung höherer Gewinne allgemein vorgenommen werden, kann von einer Gewinninflation gesprochen werden.⁶¹ Autonome Preisbildung wird gefördert von mangelnder Markttransparenz der Verbraucher auf den Konsumgütermärkten sowie dem Bestreben des Staates, die Beschäftigung der Produktionsfaktoren bei Nachfragerückgängen zu sichern, sobald sie über kurzfristige Rückschläge hinausgeht. Die Überprüfung der These vom administrierten Preisverhalten und der These einer Gewinninflation wurde vor allem in Zeiten vorgenommen, in denen wegen der rückläufigen Beschäftigung mit sinkenden Preisen gerechnet wurde, diese aber nicht eintraten.⁶²

⁵⁷ Gardiner C. Means, *Industrial Prices and Their Relative Inflexibility*, Senate Document No. 13, Washington 1935, S. 1

⁵⁸ vgl. SVR, JG 1974/75, Ziff. 353. Der Sachverständigenrat bezeichnet mit dem Begriff der administrierten Preise "die Preise der dem Wettbewerb entzogenen Wirtschaftsbereiche, die behördlich festgesetzt oder genehmigt werden". Dieser Begriff wird also für unterschiedliche Sachverhalte benutzt.

⁵⁹ vgl. H.-A. Pfromm, *Einkommenspolitik und Verteilungskonflikt*, a.a.O., S. 33 ff.

⁶⁰ vgl. P. Bohley, *Preistheorie und „Administered Price Behaviour“*, a.a.O., 248 ff.

⁶¹ vgl. A. Konrad, *Monopolistische Preispolitik und Inflation*, ORDO, Hrsg. F. Böhm, F. A. Lutz, F. W. Meyer, 18. Bd. (1967), S. 313 ff.

⁶² vgl. H.-A. Pfromm, *Einkommenspolitik und Verteilungskonflikt*, a.a.O., S. 35 f. Auf den angegebenen Seiten finden sich mannigfaltige Literaturhinweise zu den sehr umfangreichen empirischen Studien.

Für die Mitgliedsstaaten der EWG stellt der Neumark-Ausschuss fest, dass "gegenwärtig" 'Wettbewerb' in Volkswirtschaften des Typs, der sich in den Mitgliedsstaaten findet, nicht einfach mit 'atomistischer Konkurrenz' gleichgesetzt werden darf, sondern vielfach - ja in steigendem Maße - als Konkurrenz zwischen Unternehmen oligopolistischen Charakters, die sich einer Politik der administered prices bedienen, abspielt".⁶³ Der Konzentrationsprozess hat sich in den letzten Jahren noch verstärkt fortgesetzt.⁶⁴

Es kann daher von einer zunehmenden Vermachtung der Märkte ausgegangen werden, und das bedeutet, "die Preisrelationen zu den eigenen Gunsten beeinflussen können; Marktmacht nutzen bedeutet, dem Preis- und Verteilungsautomatismus durch organisierten Verteilungskampf entgegenwirken".⁶⁵

b. Einige wirtschaftspolitische Konsequenzen des Preisverhaltens

Die Theorie der administrierten Preise impliziert eine generelle Preisberuhigung über einen gewissen Zeitraum, "weil die kurzfristigen Schwankungen der Nachfrage und der Kosten keinen Einfluss auf die Preise haben"⁶⁶. Das gilt sowohl für den Abschwung als auch für den Aufschwung. Wegen der mangelnden Preisflexibilität "müssen Mengenreaktionen die Anpassung an veränderte Marktbedingungen übernehmen"⁶⁷, Wenn also die inflexiblen Preise die veränderten monetären Nachfragebedingungen nicht mehr zuverlässig wiedergeben, verlieren sie als Konjunkturindikator an Bedeutung.

Für die Wirtschaftspolitik bedeutet das:

Je größer das Bestreben ist, den Preisauftrieb zu bremsen, desto stärker muss die Gesamtnachfrage gedämpft werden. Vollbeschäftigung, Wachstum und Preisniveaustabilität geraten unversehens miteinander in Konflikt.⁶⁸ "Wirtschaftspolitik ist also beim Vorliegen von "Administered Price Behaviour" schwieriger geworden."⁶⁹

⁶³ Bericht des Steuer- und Finanzausschusses, Europäische Wirtschaftsgemeinschaft (Neumark-Ausschuss), 1962, S. 14. vgl. P. Bohley, Preistheorie und „Administered Price Behaviour“, a.a.O. S. 245. Auf dieser Seite ist das obige Zitat angeführt.

⁶⁴ vgl. SVR, JG 1971/72, Tabelle 26, S. 125; SVR, JG 1974/75, Ziff. 350 ff.

⁶⁵ SVR, JG 1972/73, Ziff. 468

⁶⁶ P. Bohley, Preistheorie und "Administered Price Behaviour", a.a.O., S. 250

⁶⁷ SVR, JG 1972/73, Ziff. 468

⁶⁸ SVR, JG 1972/73, Ziff. 468

⁶⁹ P. Bohley, Preistheorie und „Administered Price Behaviour“, a.a.O., S. 252

3. Die Theorie vom inflationären Einkommensanspruchsverhalten

Ausgangspunkt und Ursache der Inflation sind nach dieser Theorie die Einkommensansprüche der gesellschaftlichen und sozialen Gruppen.⁷⁰ Ein permanentes einkommenspolitisches Anspruchsverhalten existiert nicht nur zwischen Arbeit und Kapital, sondern auch innerhalb der Gruppen⁷¹ der Lohn- und Gehaltsempfänger und der Unternehmen; die Einkommen aus Mieten, Zinsen und Renten sind nicht zu vergessen. Da Einkommensverbesserungen einer Gruppe die relative Position einer anderen verschlechtert, wird es "ein allgemein akzeptiertes verteilungspolitisches Gleichgewicht"⁷² nicht geben, denn die "Benachteiligten" drängen immer wieder auf kompensierende Maßnahmen.

Die durchgesetzten monetären Ansprüche jedoch übersteigen das reale Sozialprodukt zu gegebenen Preisen; das soziale Anspruchsverhalten vereinbart sich also nicht mit den realen wirtschaftlichen Produktionsmöglichkeiten im gleichen Zeitraum. Je nach dem, welche Machtkonstellation in Gesellschaft und Wirtschaft herrschen, werden die verteilten nominellen Einkommen auf der Verwendungsseite real beschnitten. Die Theorie vom inflationären Einkommensanspruchsverhalten beinhaltet damit sowohl wesentliche Aussagen der Lohnkostendruckinflation als auch der Theorien vom administrierten Preisverhalten und der Gewinninflation. Sie geht aber noch weiter, weil sie über die Akteure Gewerkschaften und Unternehmen hinaus auch andere Einkommensbezieher einschließt.⁷³ Ferner unterscheidet die Theorie explizite zwischen den Ursachen der Inflation - dem einkommenspolitischen Anspruchsverhalten und dem Inflationsprozess.⁷⁴

Im Übrigen wird auf die Ausführungen zu den oben dargestellten Theorien verwiesen. Darin werden die Wirkungszusammenhänge beim Einkommensbildungsprozess und die macht-, wirtschafts- und verteilungspolitischen sowie die institutionellen Bedingungen in unterschiedlichen Konjunkturphasen angesprochen.

⁷⁰ vgl. H. Aujac, Inflation as the Monetary Consequence of the Behaviour of Social Groups: A Working Hypothesis, International Economic Papers, London, New York, No. 4 (1954), S. 110 f.

⁷¹ Auf diesen als horizontalen Verteilungskonflikt bezeichneten Tatbestand geht der Verfasser nicht weiter ein; das wesentliche Augenmerk richtet sich auf den vertikalen Verteilungskonflikt zwischen Kapital- und Arbeitseinkommensbeziehern. Zum horizontalen Verteilungskonflikt: H.-A. Pfromm, Einkommenspolitik und Verteilungskonflikt, a.a.O., S. 148-158

⁷² Ebenda, S. 41

⁷³ vgl. H. Aujac, Inflation as the Monetary Consequence of the Behaviour of Social Groups, a.a.O., S.111. Das monetäre Anspruchsverhalten kann von unorganisierten Individuen meistens nicht so machtvoll durchgesetzt werden, hat daher nur geringe Bedeutung. "In the first place, it is a fact that an isolated individual can have no effective influence on the monetary relationships; only a group can have such influence." II. Aujac, a.a.O., S.111

⁷⁴ vgl. H.-A. Pfromm, Einkommenspolitik und Verteilungskonflikt, a.a.O., S. 41

C. Zusammenfassung

Die Keynesianische Theorie und die monetaristische Theorie wollen die umfangreichen ökonomischen Wirkungszusammenhänge auf den Güter-, Geld- und Arbeitsmärkten erklären. Eine wesentliche strategische Variable im keynesianischen System ist die Nachfrage, im monetaristischen System bildet die Geldmenge eine Schlüsselgröße zur Steuerung der ökonomischen Aktivitäten und der stabilisierungspolitischen Ziele. Die Theorien gehen damit über die alleinige Erklärung der Inflation hinaus, implizieren diese aber. Während diese Theorien zumindest auf den Güter- und Geldmärkten im Wesentlichen von funktionierenden Marktmechanismen ausgehen, in denen Preise eine überragende Steuerungsfunktion übernehmen, stellen die Theorien vom anbieterbestimmten Verhalten genau diese marktmäßige Koordination in Frage.

Die Theorie vom autonomen Lohnkostendruck sieht in der dominierenden Macht der monopolistischen Gewerkschaften die Ursachen für die Verletzung stabilitätspolitischer Zielsetzungen. Wenn von der Zentralbank die überzogenen Lohnansprüche über eine Ausweitung der Geldmenge alimentiert werden, führt das Verhalten bei Überwälzungen der Kosten auf die Preise zu Inflation. Wird die Überwälzung behindert oder ausgeschlossen, gerät das verteilungsorientierte Anspruchsverhalten in Konflikt mit dem Vollbeschäftigungs- und Wachstumsziel. Die Überprüfung der These vom autonomen Lohndruck bestätigt jedoch nicht, dass gewerkschaftliche Lohnpolitik unabhängig von ökonomischen Bedingungskonstellationen geprägt ist. Die Durchsetzbarkeit verteilungspolitischer Ansprüche schwankt mit dem Konjunkturverlauf.

Die Theorie vom administrierten Preisverhalten geht zwar nicht ausdrücklich von oligopolistischen oder monopolistischen Unternehmen aus, Unternehmenskonzentrationen fördern aber die Durchsetzbarkeit rigider Preise. Die Methoden der Preisbildung laufen auf die Erlangung geplanter Einkommensanteile hinaus. Die Preisinflexibilität führt dazu, dass Mengeneffekte weitgehend die konjunkturelle Situation bestimmen, strukturelle Bereinigungen verzögern. Einerseits gefährden starre Preise die Inflationsbekämpfung, andererseits bewirken sie vor allem im Abschwung bei anhaltender Antiinflationpolitik einen kumulativen Prozess mit Beschäftigungseinbrüchen.

Die Theorie vom inflationären Einkommensanspruchsverhalten knüpft die Beziehungen zwischen den monetären Ansprüchen und dem Inflationsprozess, d. h. der Wirtschaftsaufbau ist geprägt von verteilungspolitischen Anspruchsverhalten, das die realen Produktionsmöglichkeiten übersteigt. Die Theorie integriert damit nachfrage- und anbieterorientierte Inflationstheorien. Wenn die Interdependenzen mit der Geld- und Fiskalpolitik betrachtet werden, tragen sie zur Erklärung von Beschäftigungsniveau, Preisniveaustabilität und Wachstum bei.

IV. Einkommenspolitische Instrumente einer Stabilisierungspolitik

A. Einkommenspolitik und Interventionsgrad

1. Zur Begründung einer Einkommenspolitik

Wenn den Theorien des anbieterbestimmten Verhaltens sehr realitätsnahe Erklärungsansätze zugeschrieben werden, ergeben sich für die Entstehung von Arbeitslosigkeit und Inflation sowie die Beurteilung des geld- und fiskalpolitischen Instrumenteneinsatzes zur Nachfragesteuerung folgende Konsequenzen. Der Einsatz der restriktiven Geld- und Fiskalpolitik bleibt deshalb für das Ziel Preisniveaustabilisierung weitgehend unwirksam, weil die angestrebte Vollbeschäftigungspolitik des Staates den Zielkonflikt zwischen Beschäftigungssicherung und inflationärem Einkommensanspruchsverhalten verdrängt. Einerseits sollen nämlich durch restriktiven geld- und fiskalpolitischen Instrumenteneinsatz Einkommensansprüche limitiert werden, andererseits bewirken Maßnahmen zur Vollbeschäftigungssicherung das Gegenteil.⁷⁵ Das Dilemma liegt offensichtlich darin begründet, dass die zunächst mit Priorität gehandhabte Antiinflationpolitik wegen ihrer negativen Beschäftigungswirkungen zu frühzeitig abgebrochen wird und der Vollbeschäftigungspolitik das Feld räumt.⁷⁶

Anbieterbestimmtes einkommenspolitisches Anspruchsverhalten verletzt bei einer zumindest vorübergehend wirkenden, restriktiven Geld- und Fiskalpolitik die Ziele der Preisniveaustabilität und der Vollbeschäftigung zugleich.⁷⁷ Sind den verteilungspolitischen Anstrengungen durch staatliche Maßnahmen keine Grenzen gesetzt, führt die abwechselnde Korrektur der Verteilungsposition durch die sozialen Gruppen zu einem anhaltenden Inflationsprozess.⁷⁸

Da die Geld- und Fiskalpolitik zur Stabilisierung der wirtschaftspolitischen Ziele für sich genommen keine hinreichenden Maßnahmen bietet und gruppenegoistische Zielsetzungen die politische Durchsetzung notwendiger wirtschaftspolitischer Maßnahmen hindern, muss der Staat das verteilungspolitische Anspruchsverhalten sel-

⁷⁵ vgl. SVR, JG 1974/75, Ziff. 431 f.

⁷⁶ vgl. H.-J. Schmahl, Prozesspolitik und Wirtschaftsordnung, a.a.O., S. 179

⁷⁷ vgl. H.-J. Schmahl, Stagflation - Herausforderung für die Wirtschaftspolitik, a.a.O., S. 148 ff.

⁷⁸ vgl. J. Pen, Harmonie und Konflikt in der Einkommenspolitik: Die niederländischen Erfahrungen, in: Probleme der Einkommenspolitik, Hrsg. E. Schneider, Tübingen 1965, S. 126

ber zu einem Instrument seiner Politik machen.⁷⁹ Aus den individual- und gruppenwirtschaftlichen Interessen heraus ist eine Einkommenspolitik zu entwickeln, die sowohl die verteilungspolitischen Ziele der Privaten als auch die stabilisierungspolitischen Ziele des Staates einschließt.⁸⁰

2. Definitorische Einengung der Einkommenspolitik

Der Begriff "Einkommenspolitik" wird in der Literatur für viele unterschiedliche Sachverhalte benutzt. Der Sachverständigenrat meint meistens Lohnpolitik, wenn er Einkommenspolitik sagt, verwendet die Begriffe also synonym.⁸¹ Die OECD bezieht neben den Lohn- und Gehaltseinkommen auch "andere Einkommen" mit ein, die aus den Produktpreisen direkt abgeleitet werden.⁸² Das Ziel Preisniveaustabilisierung stand bei der Formulierung einer Definition der Einkommenspolitik durch die OECD im Vordergrund, "Was mit Einkommenspolitik beabsichtigt wird, ..., es ist jenes, dass die Regierungen auf die Art und Weise der Einkommensentwicklung achten sollten, die mit ihren ökonomischen Zielsetzungen und insbesondere mit Preisniveaustabilität vereinbar ist; dass sie versuchen sollten,

- eine öffentliche Übereinkunft für die Grundsätze zu fördern, welche die Einkommensentwicklung leiten sollten und
- die Menschen zu veranlassen, diesen Leitlinien freiwillig zu folgen."⁸³

Einkommenspolitik in dem beschriebenen Sinne richtet sich auf die Verwirklichung der offiziellen ökonomischen Zielsetzungen; sie hat damit instrumentalen Charakter. Die Definition bietet nur unverbindliche Verhaltensregeln, die an die Freiwilligkeit der Wirtschaftssubjekte appellieren. Wenn aber Einkommenspolitik wirksam sein will, bezieht sie die mit machtpolitischen Mitteln ausgetragenen Verteilungsanstrengungen der sozialen Gruppen mit ein⁸⁴; denn diese räumen von sich aus ihrem Ziel Einkommensverteilung zu den eigenen Gunsten Vorrang ein.

⁷⁹ vgl. H.-J. Schmah, Stagflation - Herausforderung für die Wirtschaftspolitik, a.a.O., S. 156 ff.

⁸⁰ vgl. J. Pen, Harmonie und Konflikt in der Einkommenspolitik, a.a.O., S. 126 f., S. 129

⁸¹ vgl. SVR, JG 1972/73, Ziff. 409 ff.

⁸² vgl. OECD (Hrsg.), Policies for Price Stability, A Report to the Economic Policy Committee by its Working Party on Costs of Production and Prices, Paris 1962, S. 24

⁸³ Ebenda, S. 23. Es handelt sich um eine eigene Übersetzung in die deutsche Sprache. Die durch Spiegelstriche versehenen Textstellen der Definition sind Hervorhebungen des Verfassers.

⁸⁴ vgl. SVR, JG 1974/75, Ziff. 439

Der potentielle Zielkonflikt zwischen stabilitätsorientierter Einkommenspolitik des Staates und verteilungsorientierter Einkommenspolitik der sozialen Gruppen kann ohne die Berücksichtigung des sozialen Einkommensanspruchsverhaltens in der staatlichen Einkommenspolitik nicht gelöst werden.⁸⁵ Die Begründung dieser These wurde weiter oben bereits diskutiert. Daher ist es zweckmäßig, mit einkommenspolitischen Maßnahmen direkt bei der Einkommensentstehung einzugreifen,⁸⁶ d. h. dort, wo Einkommensansprüche in erster Linie realisiert werden. Außer den Lohn- und Gehaltseinkommen als Preis für den Faktor Arbeit, werden auch durch andere Preise erzielte Einkommen betroffen, wie z.B. Gewinne, Mieten, Zinsen usw.

Einkommenspolitische Strategien richten sich schließlich auf die Struktur und die Organisierung der Wirtschaftssubjekte, weil dieser Rahmen die Durchsetzbarkeit von Einkommensansprüchen beeinflusst und verändert.⁸⁷

Einkommenspolitik setzt unmittelbar beim Entstehungsprozess an, während Einkommensverteilungspolitik des Staates - das sei zur begrifflichen Abgrenzung gesagt - eine nachträgliche Veränderung der im Markt erzielten Einkommen bedeutet. Die beiden Begriffe werden auch unter den Begriff Einkommenspolitik zusammengefasst. Mittel- und Zielcharakter der Einkommenspolitik werden jedoch definitiv hervorgehoben.⁸⁸

⁸⁵ vgl. K.W. Rothschild, Über die Wichtigkeit und Vernachlässigung der Verteilungspolitik, in: Beiträge zur Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik, Festschrift für Th. Pütz, Hrsg. E. Dürr, P. A., Jöhr, K.W. Rothschild, Berlin 1975, S. 201 f.

⁸⁶ vgl. K. F. Larenz, Untersuchungen zur Einkommenspolitik, Kieler Studien, Hrsg. E. Schneider, Bd. 91, Tübingen 1968, S. 20

⁸⁷ vgl. H.-A. Pfromm, Einkommenspolitik und Verteilungskonflikt, a.a.O., S. 60 f.

⁸⁸ vgl. K.W. Rothschild, Einkommenspolitik oder Wirtschaftspolitik?, in: Probleme der Einkommenspolitik, Hrsg. E. Schneider, Tübingen 1965, S. 64

3. Intensitätsgrade einkommenspolitischer Interventionen

In der so genannten Marktwirtschaft - "die Grenzen des mit der Marktwirtschaft noch Vereinbaren (sind) elastisch"⁸⁹ - teilt sich der Staat die Fähigkeit zu wirtschaftspolitisch relevanten Handlungen mit den autonomen Gruppen.⁹⁰ Der Staat kann damit die volkswirtschaftlichen Aktivitäten in der Regel nicht direkt steuern, wenn er nicht zumindest die den Unternehmen und Gewerkschaften zuerkannte Preis- und Tarifautonomie bricht.⁹¹

Nach dem Intensitätsgrad des einkommenspolitischen Instrumenteneinsatzes lassen sich folgende Maßnahmen⁹² unterscheiden:

1. Die Regierung betreibt Moral-suasion-Politik; sie versucht, die Wirtschaftssubjekte zu freiwilligem Einkommensverzicht bei Löhnen und Preisen zu bewegen. Als Orientierungshilfen dienen Leitlinien für die Lohn- und Preisentwicklung.
2. Die Regierung übt durch Absichtserklärungen und Einrichtung von Preiskommissionen Druck aus auf die Wirtschaftssubjekte, um diese von Lohn- und Preiserhöhungen abzuhalten.
3. Die Regierung verordnet zeitlich befristete Lohn- und Preiskontrollen, greift also in die Preis- und Tarifautonomie ein.
4. Die Regierung ändert den institutionellen Rahmen der Wirtschaftssubjekte.⁹³ Die Maßnahme kann z.B. über ein Verbot der Gewerkschaften oder eine Entflechtung von Unternehmen zu einer Änderung des Einkommensanspruchsverhaltens kommen.⁹⁴

⁸⁹ Stern, Münch, Hansmeyer, Gesetz zur Förderung der Stabilität und des Wachstums der Wirtschaft, Kommentar, 2. Auflage, Stuttgart 1972, S. 142

⁹⁰ vgl. M. Kern, D. Hechel, F. Sonderkötter, Die ökonomische und juristische Problematik direkter Eingriffe in die Lohn- und Preisbildung, "WISU", Tübingen, Düsseldorf, Jahresregister '74, S.166 ff.

⁹¹ BVerfG, Urteil vom 20. Juli 1954. "Die gegenwärtige Wirtschafts- und Sozialordnung ist zwar eine nach dem Grundgesetz mögliche Ordnung, keineswegs aber die allein mögliche. Sie beruht auf einer vom Willen des Gesetzgebers getragenen wirtschafts- und sozialpolitischen Entscheidung, die durch eine andere Entscheidung ersetzt oder durchbrochen werden kann." Entscheidungen des BVerfG, hrsg. von den Mitgliedern des BVerfG, 4. Bd., Tübingen 1956, S.18

⁹² vgl. H.-A. Pfromm, Einkommenspolitik und Verteilungskonflikt, a.a.O., S.62 f.

⁹³ vgl. U. Teichmann, a.a.O., S. 89; B. Molitor, Verteilungspolitik in der Marktwirtschaft, in: Wirtschaft und Gesellschaft, Ordnung ohne Dogma. Festschrift für H.-D. Ortlieb, Hrsg. E. Arndt, V. Michalski, B. Molitor, Tübingen 1975, S. 216. Die Maßnahme kann z. B. die Integration gemeinwirtschaftlicher Märkte und eine Änderung der Arbeitsmarktverfassung implizieren.

⁹⁴ vgl. H.-J. Schmahl, Prozesspolitik und Wirtschaftsordnung in der Bundesrepublik Deutschland, a.a.O., S. 184 ff. ; B. Molitor, Längerfristige Stabilitätspolitik, P. Oswald v. Nell-Breuning zum 80. Geburtstag, HbgJb, Hrsg. H.-D. Ortlieb, B. Molitor, W. Krone, 15. Jahr, Tübingen 1970 S. 51 ff.

B. Einzelne Instrumente einkommenspolitischer Interventionen

Als Instrumente staatlicher einkommenspolitischer Maßnahmen werden die Lohnpolitik, die Preispolitik und einkommenspolitisch wirksame Strukturmaßnahmen behandelt.

Die staatliche Lohnpolitik in der Bundesrepublik Deutschland bediente sich bisher der schwächsten Form interventionistischer Maßnahmen. Strengere Eingriffe wurden in anderen westlichen Ländern durchgeführt.⁹⁵ Auf die ausführliche Darstellung dieses Problemkreises wird verzichtet. Anhaltspunkte ergeben sich aber aus den strengeren preispolitischen Maßnahmen, die häufig gleichzeitig mit lohnpolitischen Eingriffen verordnet wurden. Neben der Nichtlohneinkommenspolitik⁹⁶, die nur geringe Bedeutung erlangt hat, wird auf die Problematik der behördlich festgesetzten und genehmigten Preise⁹⁷ nicht näher eingegangen.

1. Varianten und Konzepte der Lohnpolitik

Staatliche Lohnpolitik orientierte sich lange Zeit mit Priorität am Ziel der Preisniveaustabilität, was vor dem Hintergrund einer zwar nicht stetig wachsenden, aber doch prosperierenden Wirtschaft mit Vollbeschäftigung verständlich erscheint. Ausgangspunkt der lohnpolitischen Konzepte war die bereits erläuterte Vorstellung, dass von den Löhnen als Kostenbestandteil preissteigernde Wirkungen⁹⁸ ausgehen. Auf Preisniveaustabilisierung ausgerichtet, entwickelte vor allem der Sachverständigenrat lohnpolitische Leitlinienkonzepte, die im Folgenden noch näher dargelegt und diskutiert werden. Gewerkschaftliche Tariflohnpolitik wird darin zu einem Instrument staatlicher Wirtschaftspolitik abgestempelt; die Vernachlässigung verteilungspolitischer Anstrengungen der Tarifpartner und die Unverbindlichkeit der Empfehlungen verurteilen die Lohnleitlinienpolitik jedoch zum Scheitern. Es werden daher Überlegungen angestellt, wie mit einer prozess- und verteilungsorientierten Lohnpolitik die stabilisierungs- und verteilungspolitischen Zielsetzungen gleichzeitig erreichbar sind.⁹⁹

⁹⁵ vgl. H.-A. Pfromm, Einkommenspolitik und Verteilungskonflikt, a.a.O., S. 65 ff. SVR, JG 1972/73, Ziff. 477 ff.

⁹⁶ vgl. H.-A. Pfromm, Einkommenspolitik und Verteilungskonflikt, a.a.O., S. 73 - 77. Die OECD bezieht die staatliche Preispolitik in die Nichtlohneinkommens-Politik mit ein.

⁹⁷ vgl. SVR, JG 1974/75, Ziff. 353. Die Preisgestaltung in den Bereichen der Landwirtschaft, der Stromversorgung, des Verkehrs, der Post u. a. sind überwiegend dem Wettbewerb entzogen.

⁹⁸ vgl. H.-A. Pfromm, Einkommenspolitik und Verteilungskonflikt, a.a.O., S. 25 ff.

⁹⁹ vgl. U. Teichmann, Lohnpolitik, a.a.O., S. 96

a. Kostenniveau-neutrale Lohnpolitik zur Stabilisierung der gesamtwirtschaftlichen Kosten

a.1. Das Konzept der kostenniveau-neutralen Lohnpolitik

Der Sachverständigenrat sah in seinem Jahresgutachten 1964/65 die einzige Möglichkeit im Rahmen unserer Marktordnung, die Vollbeschäftigung und die Geldwertstabilität zu sichern, in der Aufklärung über die dafür erforderlichen lohnpolitischen Bedingungen.¹⁰⁰ Die tarifpolitische Autonomie der Sozialpartner wollte er dabei nicht beschränkt wissen. Die kostenniveau-neutrale Lohnpolitik¹⁰¹ hat sich an einer im Prinzip produktivitätsorientierten Leitlinie¹⁰² auszurichten, d.h. die Nominallöhne dürfen "dem Grundsatz nach im Durchschnitt nicht stärker erhöht werden als um den Prozentsatz, um den sich in der Gesamtwirtschaft das Produktionsergebnis je Stunde - von etwaigen Struktureffekten bereinigt - erhöht".¹⁰³

Die Orientierung am Kostenniveau verlangt zudem die Berücksichtigung anderer Kosten. Die Leitlinie ist entsprechend den Änderungen der Kapitalkosten, der "terms of trade" und der Sozialversicherungsbeiträge der Arbeitgeber zu modulieren. Die Berücksichtigung von Preissteigerungen bedeutete eine weitere Modifikation des Konzepts.¹⁰⁴ Den Gewerkschaften kommt vor allem in jenen Wirtschaftsbereichen eine Aufgabe zu, wo wegen Knappheitserscheinungen die Löhne stärker erhöht werden können als im gesamtwirtschaftlichen Durchschnitt.¹⁰⁵

¹⁰⁰ vgl. SVR, JG 1964-/65, Ziff. 248., Gewisse Modifikationen des Konzeptes; nahm der SVR in späteren Gutachten noch vor. vgl. SVR, JG 1966/67, Ziff. 302 ff., Anhang IV., SVR, JG 1967/68, Ziff. 315, Ziff. 322 ff.

¹⁰¹ vgl. SVR, JG 1964/65, Ziff. 248

¹⁰² vgl. ebenda, Ziff. 248 b), SVR, JG 1965/67, Ziff. 329 f.

¹⁰³ SVR, JG 1964/65, Ziff. 248 b)

¹⁰⁴ vgl. ebenda, Ziff. 248 c), SVR JG 1966/67, Ziff. 303 ff.

¹⁰⁵ vgl. SVR, JG 1964/65, Ziff. 248 f)

a.2. Kritik zu den Implikationen des Konzepts

Dem oben skizzierten Konzept liegt offenbar die Überlegung zugrunde, dass entscheidende Inflationsimpulse von der Lohnkostenentwicklung abhängen. Zur Begründung der kostenniveau-neutralen Lohnpolitik äußert der Sachverständigenrat: "Das Problem der Geldwertstabilität bei Vollbeschäftigung ist daher identisch mit dem der Stabilisierung des volkswirtschaftlichen Kostenniveaus."¹⁰⁶

Diese Beurteilung bedarf insofern einer Berichtigung, als auch von einer gewinnorientierten Preisgestaltung der Unternehmen, von Nachfrageüberschüssen oder z. B. von einer Verteuerung importierter Rohstoffe inflationäre Tendenzen ausgehen können. Der Hinweis auf die "gegebenen Wettbewerbsbedingungen"¹⁰⁷ auf den Gütermärkten scheint die Möglichkeit eines autonomen Gewinndrucks oder einer nachfrageinduzierten Inflation auszuschließen. Zweifel an dem Vorhandensein eines den stabilitätspolitischen Zielen dienenden Wettbewerbs kommen dem SVR spätestens im Jahresgutachten 1971/72.¹⁰⁸ Und im Jahresgutachten 1974/75 heißt es: "Die auf Stabilität ausgerichtete Geldpolitik brauchte keinen Konflikt mit dem Beschäftigungsziel zu fürchten, wenn die Preise auf den Güter- und Faktormärkten, wie im Idealmodell marktwirtschaftlicher Koordination, allein Ausdruck der relativen Knappheit der Güter und der zu ihrer Produktion erforderlichen Faktoren wären."¹⁰⁹ Neben Friktionen im Anpassungsprozess und Mobilitätshemmnissen kann vor allem "Marktmacht ein Grund dafür sein, dass die Stabilisierungspolitik in Konflikt mit den Beschäftigungsziel gerät"¹¹⁰, wobei ausdrücklich auch von der Macht der Unternehmen auf den Gütermärkten gesprochen wird.

Damit stellt der SVR die vormals geäußerte Annahme, überzogene Lohnkostenerhöhungen seien die entscheidendsten, wenn nicht sogar die ausschließlichen Ursachen stabilisierungspolitischer Misserfolge, selber in Frage.

¹⁰⁶ SVR, JG 1964/65, Ziff. 248 a).

¹⁰⁷ SVR, JG 1964/65, Ziff. 248 a).

¹⁰⁸ vgl. SVR, JG 1971/72, Ziff. 584 ff.

¹⁰⁹ SVR, JG 1974/75, Ziff. 432.

¹¹⁰ SVR, JG 1974/75, Ziff. 432

Die Veränderung der "terms of trade" - das Austauschverhältnis von Ausfuhr- zu Einfuhrpreisen¹¹¹ zu Ungunsten der Bundesrepublik mag exemplarisch verdeutlichen, dass die Lohnpolitik "eine Lückenbüßerrolle einnehmen soll"¹¹². Verteuern sich zum Beispiel die Importe und wird über die exportierten Güter ein entsprechender Ausgleich nicht erreicht, "kann um der Stabilität des heimischen Preisniveaus willen nicht der volle Produktivitätszuwachs den inländischen Lohn- und Kapitaleinkommen zugute kommen: ein Teil wird durch den Verlust im Außenhandel absorbiert"¹¹³

Lohnpolitik hat nach den Vorstellungen des SVR als Regulator des gesamtwirtschaftlichen Kostenniveaus zu fungieren, d. h. Schwankungen des Kostenniveaus zu kompensieren. Dabei erscheint die Bemerkung, "die gesamtwirtschaftliche Leitregel (mache) den Lohnfindungsprozess durch die Tarifparteien nicht entbehrlich"¹¹⁴, als eine rhetorische Verniedlichung einer der Nachteile des Konzepts. Denn der gewerkschaftlichen Tariflohnpolitik wird mit der Einengung auf die Lohnleitlinie tatsächlich die Existenzberechtigung weitgehend abgesprochen.

Die Bemerkungen zur "Berücksichtigung der Preissteigerungen"¹¹⁵ zielen in die gleiche Richtung. Dort wird nämlich von den Verbrauchern eine zusätzliche Belastung zugunsten der Einkünfte bestimmter Gruppen abverlangt, die "nicht Anlass einkommenspolitischer Kompensationsforderungen sein dürften"¹¹⁶. Wenn sich der SVR schließlich doch zu einer Berücksichtigung der Inflationsrate in der Lohnleitlinie bekennt¹¹⁷, so kommt darin zum Ausdruck, dass die Leitlinie auf eine preisniveau-neutrale Lohnentwicklung nicht gerichtet ist; "hier steht das Verteilungsziel im Vordergrund"¹¹⁸.

¹¹¹ SVR, JG 1974/75, Ziff. 159

¹¹² J. Klaus, Lohnpolitik und gesamtwirtschaftliche Zielsetzungen, in: Lohnpolitik und Einkommensverteilung, Hrsg. H. Arndt, Schriften des Vereins für Sozialpolitik, NF Bd. 51, Berlin 1969, S. 105

¹¹³ B. Molitor, Das Konzept einer "Kosterniveau-neutralen" Lohnpolitik, "WISU", Tübingen/Düsseldorf Jahresregister '74, S. 274

¹¹⁴ SVR, JG 1964/65, Ziff. 248 f)

¹¹⁵ SVR, JG 1966/67, Ziff. 303

¹¹⁶ SVR, JG 1966/67, Ziff. 306

¹¹⁷ vgl. SVR, JG 1966/67, Ziff. 303; SVR, JG 1972/73, Ziff. 414; SVR, JG 1974/75, Ziff. 448

¹¹⁸ J. Klaus, Lohnpolitik und gesamtwirtschaftliche Zielsetzungen, a.a.O., S. 106

b. Längerfristige, produktivitätsorientierte Lohnpolitik als Verstetigungspolitik

b.1. Zum Leitbild der längerfristigen, produktivitätsorientierten Lohnpolitik

Der SVR selber schlägt die Einführung längerfristiger, produktivitätsorientierter Tarifverträge vor. Die dabei vorgesehene zyklusübergreifende Laufzeit von zwei Jahren¹¹⁹ verfolgt das Ziel, "die Wirtschaft an den mittelfristigen Wachstumspfad heranzuführen und ein gleichgewichtiges Wachstum bei hohem Beschäftigungsgrad zu sichern"¹²⁰. Der Konzeption liegt die Vorstellung zugrunde, die zyklusbildende Lohnverzögerung abzuschwächen, d. h.

- die lohninduzierte, zyklische Konsumententwicklung und die damit einhergehenden akzelerierende Investitionstätigkeit zu verstetigen,
- die durch die vorausseilenden *Gewinne* induzierten, zu expansiven Investitionen im Aufschwung zu kappen und
- die im Boom aushandelbaren zu hohen, gewinnmindernden und damit investitionshemmenden Löhne zu vermeiden.¹²¹

Um der Expansionspolitik zum Erfolg zu verhelfen, müssten sich die an den Tarif- und Effektivlöhnen ausgerichteten Verbrauchsausgaben so entwickeln, dass sie dem aufgezeigten Expansionspfad adäquat sind.¹²² Eine derartig propagierte Lohnpolitik fordert in der Rezession höhere Löhne als im Markt erzielbar, während im Boom bei ausgelasteten Kapazitäten und Übernachfrage nach Arbeit die Gewerkschaften verpflichtet werden sollen, die trendorientierte Lohnleitlinie einzuhalten.¹²³

¹¹⁹ vgl. SVR, JG 1967/68, Ziff. 328, Ziff. 331. Die Anpassung der Lohnerhöhungen kann zwei- oder dreimal stufenweise erfolgen.

¹²⁰ SVR, JG 1967/68, Ziff. 315

¹²¹ vgl. J. Krompardt, Wachstum und Konjunktur, Göttingen 1972, S. 160 ff., S. 190 - 194

¹²² vgl. SVR, JG 1967/68, Ziff. 122 ff.

¹²³ vgl. U. Teichmann, Lohnpolitik, a.a.O., S. 112 ff.

b.2. Kritik zu den Implikationen des Leitbildes

In der ursprünglichen Konzeption der kostenniveau-neutralen Lohnpolitik wird im Grunde genommen nur eine Determinante des volkswirtschaftlichen Systems explizite angesprochen, - die Lohnentwicklung, Gewinne, Investitionen und Konsumausgaben erscheinen, wenn überhaupt erwähnt, als von der Lohnentwicklung abgeleitete Größen. Das zyklenübergreifende Konzept stellt deutlicher den Zusammenhang der Gewinn-, Investitions-, Konsum- und Lohnentwicklung heraus. Über die Implikationen dieser Größen im volkswirtschaftlichen System werden einige kritische Überlegungen angestellt. Die oben skizzierte Lohnpolitik soll Verstetigungspolitik zugleich sein. Entspricht das Konsumverhalten der vorgezeichneten Lohnentwicklung, so reguliert diese "nicht nur das verfügbare Einkommen, sie verhindert darüber hinaus, dass sich zyklisch geprägte Einkommenserwartungen herausbilden"¹²⁴.

Verstetigungspolitik sorgt dann für gleich bleibend ausgelastete Kapazitäten im Konsumgüterbereich und mindert über einen gleichmäßigen Konsum die Gefahr von Nachfrageüberschüssen mit inflationären Preissteigerungen. Diese Argumente sprechen für eine Verstetigung der Lohnentwicklung mittels zyklenübergreifender Tarifverträge, wenn der angedeutete kreislauftheoretische Mechanismus des lohnabhängigen Konsums zutrifft.¹²⁵

Ausführliche und eingehende Analysen der ökonomischen Wirkungszusammenhänge können hier nicht gegeben werden. Ein Ansatzpunkt könnte die Disaggregation makroökonomischer Größen auf den Ebenen der Einkommensentstehung, der Einkommensumverteilung und der Einkommensverwendung sein, um damit differenzierter und eindeutiger den Ablauf ökonomischer, technischer und sozialer Aktivitäten zu erfassen, und zu beeinflussen.¹²⁶ Dieser Überlegung liegt die Erkenntnis zugrunde, dass die konjunkturelle Beeinflussung makroökonomischer Größen durch "die Globalsteuerung selektiv wirkt und auf diese Weise die Strukturprobleme langfristig verschärft"¹²⁷, also nicht erfolgreich ist.¹²⁸ Die gewünschten globalen Effekte

¹²⁴ U. Teichmann, Lohnpolitik, a.a.O., S. 114

¹²⁵ vgl. ebenda, S. 114

¹²⁶ vgl. II.-J. Krupp, "Personelle" und "funktionelle" Einkommensverteilung, in: JbFN, Hrsg. F. Lütge, E. Preiser, Bd. 180, Stuttgart 1967, S. 7 ff.

¹²⁷ B. Gahlen, Grundfragen der Stabilisierungspolitik, a.a.O., S. 25

¹²⁸ vgl. H. Seidler, Die gegenwärtigen Möglichkeiten einer antizyklischen Konjunkturpolitik, in: Stabilisierungspolitik, WSI-Studie zur Wirtschafts- und Sozialforschung, Hrsg.: WSI, Studie Nr. 27, Köln 1974, S. 163. J.Klaus, Die Konzertierte Aktion als Instrument der Neuen Wirtschaftspolitik, in: Neue Wege der Wirtschaftspolitik, Hrsg.: E. Dürr, Schriften des Vereins

auf die stabilisierungspolitischen Zielsetzungen traten nicht ein.

Der Lohn bildet zwar eine wichtige, aber nicht die einzige Einkommensart der Verbraucher. Empirische Untersuchungen der "Querverteilung"¹²⁹ stützen nicht die These, dass Haushalte lediglich eine Einkommensart beziehen.¹³⁰ Da die Einkommensverteilung innerhalb der Haushalte zudem noch recht unterschiedlich strukturiert ist und differenzierte Sparneigungen existieren, ist die Verknüpfung der funktionellen Einkommensart Lohn mit der Konsumententscheidung als problematisch anzusehen.¹³¹ Daher muss die isolierte funktionelle Betrachtung der Löhne, die als Instrument der Globalsteuerung eingesetzt werden sollen, als unzureichend bezeichnet und aufgegeben werden.

Teichmann wendet gegen die in der Rezession gezahlten, über den Produktivitätszuwachs hinausgehenden Löhne ein, dass diese den Unternehmen Zahlungsmittel entziehen. Folgen sind die Kürzung von Sachinvestitionen und die Beschleunigung von Entlassungen, um den Liquiditätsentzug zu kompensieren. Den antizipierten Lohnerhöhungen steht jedoch "der belebende Effekt der Steigerung des lohnfinanzierten Konsums gegenüber"¹³². Ob der restriktive Liquiditätsentzug oder der expansive Konsumeffekt konjunkturbestimmend wirkt, hängt nach Teichmann entscheidend von den folgenden drei Faktoren ab:

- den langfristigen Trenderwartungen,
- der Stärke des sich abzeichnenden Aufschwungs
- und der geld- und fiskalpolitischen Unterstützung der Lohnpolitik.¹³³

für Socialpolitik, NF Bd. 67, Berlin 1972, S. 26 ff. .

¹²⁹ "Eine Querverteilung des Einkommens liegt vor, wenn eine eindeutige Klassifizierung der Einkommensbezieher nach Einkommensarten nicht möglich ist, weil es Personen gibt, die dem Produktionsprozess gleichzeitig mehr als eine Faktorart zur Verfügung stellen bzw. mehr als eine ökonomische Funktion ausüben und daher gleichzeitig mehr als eine Einkommensart beziehen." A. Stobbe, Untersuchungen zur makroökonomischen Theorie der Einkommensverteilung, Kieler Studien, Hrsg. S. Schneider, Bd. 59, Tübingen 1962, S. 35

¹³⁰ vgl. H.-J. Krupp, "Personelle" und "funktionelle" Einkommensverteilung, a.a.O, S. 26

¹³¹ vgl. H.-J. Krupp, "Personelle" und "funktionelle" Einkommensverteilung, a.a.O, S. 32

¹³² U. Teichmann, Lohnpolitik, a.a.O, 3. 118

¹³³ vgl. ebenda, S. 118 ff.

Dagegen ist einzuwenden, dass die unter den drei Punkten genannten Faktoren selber konjunkturbestimmend sind. Die konjunkturelle Situation könnte zum Beispiel von einer Belebung der Exportnachfrage¹³⁴ eher Impulse erwarten als von einer marginalen Steigerung der Löhne. Anders ausgedrückt heißt das: Fällt die Nachfrage für langfristig geplante und aufgebaute Investitionsobjekte aus, dann benötigt die Wirtschaft eine Konsolidierungsphase, in der sie sich an die geänderte Nachfragestruktur anpasst. Dass dafür eventuell Veränderungen in der Struktur der Produktionsfaktoren oder in der Branchenstruktur erforderlich sind, muss im Auge behalten werden.¹³⁵

Sind von längerfristigen produktivitätsorientierten Tarifverträgen auf mittlere Sicht Erfolge bei der

- Verstetigung im Auslastungsgrad des gesamtwirtschaftlichen Produktionspotentials¹³⁶ bzw. im Auslastungsgrad der industriellen Sachkapazitäten¹³⁷ und des Beschäftigungsgrades sowie
- Preisniveaustabilisierung zu erwarten?

Auf die Problematik der Beziehung zwischen der funktionellen Einkommensart Lohn und der daraus ableitbaren Verwendungsentscheidung wurde bereits hingewiesen.¹³⁸ Anhand einiger Plausibilitätsüberlegungen werden mögliche Effekte der Lohnentwicklung auf den privaten Konsum untersucht. Auswirkungen des von zyklischen Lohnbewegungen abgeleiteten Konsums auf die Produktion in den Nahrungs- und Genussmittelindustrien haben ohnehin nur ein geringes Ausmaß angenommen. Die Auslastung der Kapazitäten in diesen Industrien vollzog sich nahezu stetig.¹³⁹ Daran durften längerfristige Tarifverträge nicht viel ändern; denn die Verbrauchsausgaben in diesem Bereich sind zu einem großen Teil dem Basiskonsum zuzurechnen. Anders präsentiert sich das Bild in den Verbrauchsgüterindustrien.

¹³⁴ vgl. G. Köhler, Verstetigungsstrategie - eine konjunkturpolitische Alternative, in: Stabilisierungspolitik, WSI-Studie zur Wirtschafts- und Sozialforschung, Hrsg. WSI, Studie Nr. 27, Köln 1974, S. 123

¹³⁵ vgl. Sanmann, Diskussionsbeiträge, in: Beschleunigter Geldwertschwund, - Ursachen und Konsequenzen -, K. W. Rothschild, H.-J. Schmahl, a.a.O., S.72

¹³⁶ vgl. SVR, JG 1973/74, Anhang VI

¹³⁷ vgl. SVR JG 1972/73, Ziff. 152

¹³⁸ vgl. H.-J. Krupp, "Personelle" und "funktionelle" Einkommensverteilung, a.a.O., S. 12

¹³⁹ vgl. SVR, JG 1972/73, Ziff. 152; SVR, JG 1974/75, Schaubild 13, S. 54

Die Schwankungen des Beschäftigungsgrades¹⁴⁰ und der Kapazitätsauslastung¹⁴¹ haben zyklischen Charakter. Können diese Amplituden von antizipierten, mittelfristig produktivitätsorientierten Lohnerhöhungen geglättet werden? Thesenartig sei zusammengefasst:

- Mittelfristig produktivitätsorientierte Lohnerhöhungen sind nicht der einzige Bestimmungsgrund der Konsumententwicklung;
- der Innovationsprozess und die Ausreifungszeit von Investitionen bestimmen den Auslastungsgrad der Kapazitäten und die Produktivität mit, üben damit Einfluss auf die Beschäftigtenzahl;
- die Lohnsummeneffekte haben je nach Beschäftigtenzahl und Kumulation der Tarifabschlüsse im Periodenverlauf unterschiedliche Stärke;¹⁴²
- mittelfristig produktivitätsorientierte Lohnbewegungen garantieren noch keine Vollbeschäftigung; Strukturschwächen können bei mangelnder Preisflexibilität nach unten zu vorübergehenden oder anhaltenden Beschäftigungseinbußen führen.

Es können hier nicht alle Varianten der Preisbildung abgehandelt werden. Zu beachten ist ein Fall in der Rezession, bei dem die Lohnkosten und sonstige Produktkosten gemeinsam betrachtet werden. Die Unternehmen setzen die Preise gemäß einer Methode des prozentualen Bruttogewinnaufschlags auf die Stückkosten.¹⁴³ Einerseits erhöhen die antizipierten, mittelfristig produktivitätsorientierten Löhne und die aufgeschlagenen Stückgewinne den Preis. Diese Preiserhöhungen können als mittelfristig annehmbar hingenommen werden, weil in späteren Konjunkturphasen die Löhne unter dem Produktivitätsfortschritt liegen und eine Kostenentlastung erbringen; die Lohnerhöhungen werden mittelfristig als preisniveauneutral angenommen.

¹⁴⁰ vgl. SVR, JG 1974/75, Schaubild 17, S. 56

¹⁴¹ vgl. SVR, JG 1974/75, Schaubild 13, S. 54

¹⁴² vgl. SVR, JG 1972/73, Ziff. 167; SVR, JG 1974/75, Ziff. 93; SVR, JG 1972/73, Schaubild 18, S. 55

¹⁴³ vgl. P. Bohley, Die Rezession der Jahre 1957/58 in den Vereinigten Staaten von Amerika unter besonderer Berücksichtigung des Preisverhaltens, Volkswirtschaftliche Schriften, Hrsg. J. Broermann, Heft 69, Berlin 1963, S. 74ff

Andererseits steigt in der Rezession der andere Kostenbestandteil, die sonstigen Kosten pro Stück, bei unterausgelasteten Kapazitäten an. Mit dem zwar prozentual gleich bleibenden, aber absolut höheren Gewinnaufschlag steigt der Preis an, obwohl die Lohnerhöhungen produktivitätsorientiert sind.¹⁴⁴

Eine auf Preisniveaustabilisierung ausgerichtete Politik muss alternatives Preisverhalten in unterschiedlichen Konjunktursituationen mit berücksichtigen.¹⁴⁵ Mittelfristig produktivitätsorientierte Lohnerhöhungen leisten zwar einen Beitrag zur Preisniveaustabilisierung über eine Lohnkostenentlastung, eine Verstetigung kann von ihnen allein nicht geleistet werden. "Da die Lohnentwicklung nur eine Determinante eines komplexen Gesamtsystems darstellt, ist sie überfordert, wenn sie allein die Last der Stabilisierung tragen soll."¹⁴⁶

¹⁴⁴ vgl. P. Bohley, Preistheorie und "Administered Price Behaviour", a.a.O., S. 248

¹⁴⁵ vgl. J. Klaus, Preisniveauneutrale Lohnpolitik in unterschiedlichen Konjunktursituationen, "Kyklos", Vol. XXI (1968), S. 480 f., S. 487 f.

¹⁴⁶ J. Klaus, Lohnpolitik und gesamtwirtschaftliche Zielsetzungen, a.a.O., S. 108

C. Vorschläge zur Konfliktregulierung einer stabilitäts- und verteilungsorientierten Tarifpolitik

Im folgenden werden zwei Konzepte kurz vorgestellt, die in ihren Grundannahmen und in ihrer Ausgestaltung gleichartige Züge tragen. Es wird angenommen, dass die verzögerte Lohnanpassung zyklenbildenden Charakter hat.¹⁴⁷ Die konjunkturell differenzierte Lohnentwicklung soll daher über einen Lohnfonds reguliert werden, der die konsumtive Verwendung zeitlich von den expansiven Lohnzuwächsen trennt.

Teichmann¹⁴⁸ will den Lohnempfängern im Boom Liquidität entziehen, damit die vom Konsum induzierten, übersteigerten Investitionen unterbleiben und die Mittel erst dann auszahlen, wenn die konjunkturelle Situation eine Konsumbelebung erfordert. Der konjunkturpolitisch gesteuerte Fonds soll im Boom durch den Kaufkraftentzug Überwälzungen und damit Preissteigerungen verhindern und durch die Konsumverstätigung für gleichmäßig ausgelastete Kapazitäten mit Vollbeschäftigung sorgen. Das Lohnfondskonzept Teichmanns ähnelt den Vorstellungen des SVR in seinem zyklenübergreifenden Konzept. Insofern trifft die dort vorgetragene Kritik zur Konsumverstätigungspolitik und zur Frage der zyklenbildenden Faktoren weitgehend auf das Lohnfondskonzept zu. Es ist bestenfalls geeignet, das Hochschaukeln der verteilungsorientierten Aktivitäten im Zyklus zu mildern. Eine Antwort auf die Frage der "richtigen" oder "angemessenen" Einkommensverteilung wird nicht gegeben. Der Konflikt zwischen Verteilungsorientierung und Stabilitätsorientierung wird nicht gelöst.

Der SVR schlägt vor, "dass vermehrt vermögenswirksame Lohnerhöhungen statt konsumwirksamer Lohnerhöhungen tariflich vereinbart"¹⁴⁹ werden sollten. Je nach der konjunkturellen Situation wird ein Teil des Lohnes als Investivlohn¹⁵⁰ einbehalten, der andere Teil als Barlohn ausgezahlt. Molitor spricht sich in diesem Zusammenhang für unbefristete Tarifverträge mit kurzen Kündigungsfristen aus, um dem Lohn-lag als konjunktureller Komponente nicht zu starkes Gewicht zu verleihen.¹⁵¹

¹⁴⁷ vgl. U. Teichmann, Lohnpolitik, S. 109 f., S. 114; SVR, JG 1967/68, Ziff. 322 f., SVR, JG 1972/73, Ziff. 409

¹⁴⁸ vgl. U. Teichmann, Lohnpolitik, a. a. O., S. 122

¹⁴⁹ SVR, JG 1972/73, Ziff. 377

¹⁵⁰ vgl. A. Oberhauser, Der Investivlohn als Weg zu einer breiteren Vermögensstreuung, in: Soziale Sicherheit, Hrsg. B. Külp, W. Schreiber, Köln/Berlin 1971, S. 435 -447. A. Oberhauser, Der Investivlohn als Mittel der Verteilungspolitik, in: Lohnpolitik und Einkommensverteilung, Hrsg. H. Arndt, Schriften des Vereins für Socialpolitik, NF Bd. 51, Berlin 1969, S. 273 - 291

¹⁵¹ vgl. B. Molitor, Längerfristige Stabilitätspolitik, a.a.O., S. 60

Auf die Ausgestaltung der Fonds wird hier nicht eingegangen; die Vorstellungen über Fondsführung und -verwaltung sowie Verwendung der Fondsmittel gehen weit auseinander. Wenn von den Kosten der Fondsführung, von der Zustimmung der Gewerkschaften und seiner Mitglieder sowie den Prognoseschwierigkeiten bei der Terminierung des Kaufkraftentzugs einmal abgesehen wird, stellt sich folgende Frage.

Sind Investivlohnvariationen im Konjunkturverlauf als Instrument einer simultanen Einkommens- und Stabilisierungspolitik geeignet? Auch Investivlöhne, die über den Produktivitätszuwachs hinausgehen, sind Kostenbestandteil. Bei stabilen Preisen und hohem Beschäftigungsgrad schmälern sie die Stückgewinne und würden zu einer Einkommensverteilung zugunsten der Lohnempfänger führen. Das Bild einer Oase der Stabilität hat hypothetischen Charakter. Tatsächlich werden die Unternehmen versuchen, als Anbieter auf den Faktor- und Gütermärkten zumindest die gestiegenen Kosten zu überwälzen.¹⁵² Erhöht sich durch Investivlohnzuschläge im Boom die Sparneigung der Verbraucher, so ergeben sich je nach dem Preisverhalten der Unternehmen im Konsumgüterbereich unterschiedliche Preis- und Mengeneffekte. Dominiert ein Preissetzerverhalten¹⁵³ - die gesamten Lohnkosten werden in den Preisen berücksichtigt -, so hat die konsumtiv verwendete Lohnsumme wegen der gestiegenen Preise real weniger Kaufkraft. Die gewünschte Dämpfung der Mengenkonjunktur tritt zwar ein, dem Ziel der Preisniveaustabilisierung und einer veränderten Einkommensverteilung zugunsten der Lohnempfänger bzw. der Verbraucher ist man über den Investivlohn nicht näher gekommen. Zu den Beschäftigungseffekten der investiv angelegten Mittel werden hier keine detaillierten Untersuchungen angestellt. In der Regel ist der Finanzierungsspielraum für Investitionen im Boom so groß, dass die Unternehmen auf die Verwendung der angesammelten Investivlöhne letztlich nicht angewiesen sind.

¹⁵² vgl. SVR, JG 1972/73, Ziff. 438

¹⁵³ Der Anbieter fixiert den Preis unabhängig von Nachfrage Schwankungen, vgl. P. Bohley;., Preistheorie und "Administered Price Behaviour", a. a. O., S. 238 f., S. 245 f

Während zunächst von einer erhöhten Sparneigung¹⁵⁴ ausgegangen wurde, ist nun noch kurz der Fall einer unveränderten Sparneigung zu beleuchten. Diese tritt dann ein, wenn die erzwungene Ersparnis mit Investivlöhnen über ein Entsparen im Privatbereich kompensiert wird; d. h. die Verbraucher unterlaufen die Bestrebungen der Vermögensbildung in Arbeitnehmerhand. In diesem Fall geht von Investivlöhnen keine Konsumdämpfung aus.

Die bisherigen Untersuchungen haben fragmentarischen Charakter. Generelle Aussagen über Lohneffekte auf Preisniveau und Beschäftigung lassen sich wegen des unterschiedlichen Investitions-, Preis- und Verbraucherverhaltens kaum machen.

Der Lohnfonds ermöglicht zwar eine Trennung des restriktiven Liquiditätsentzugs vom expansiven Konsumeffekt der Lohnerhöhungen,

- eine zeitliche Trennung im konsumorientierten Teichmann-Konzept,
- eine sachliche Trennung in vermögensorientierten Konzept des SVR.

Die Vorschläge sind aber nur prozesspolitisch konzipiert und enthalten keinen Konsens über verteilungspolitisch wünschenswerte Einkommensrelationen. Sie nehmen den am Wirtschaftsprozess Beteiligten nicht die Illusion über die Verteilbarkeit der Einkommenszuwächse, sondern engen bestenfalls durch prozesspolitische Einkommenssteuerung das Anspruchsverhalten ein. Eine wesentliche Ursache der stabilitätspolitischen Misserfolge - das mit Marktmacht durchgesetzte Einkommensanspruchsverhalten¹⁵⁵ wird damit nicht aufgehoben, der Verteilungskonflikt nicht entschärft.

¹⁵⁴ vgl. Föhl, Über die Möglichkeit einer Beeinflussung der Vermögensbildung und ihrer Verteilung, in: Soziale Sicherheit, Hrsg. B. Külp, W. Schreiber, Köln/Berlin 1971, S. 409-434

¹⁵⁵ vgl. E. Hoppmann, Konzertierte Aktion als Instrument der Globalsteuerung, „WiSt“ München und Frankfurt, 1. Jg. (1972), S. 10f.

2. Preispolitische Interventionen

a. Moral-suasion-Politik

Der schwächste Interventionsgrad staatlicher Preispolitik liegt in unverbindlichen Empfehlungen an die Unternehmen, in ihrem Preisverhalten freiwillig zurückhaltend zu sein. Soweit Leitlinien oder Orientierungsdaten¹⁵⁶ vorgegeben werden, können Unternehmen ihre Preise daran ausrichten. Bei der "Vielzahl von Produkten und Unternehmen kann kaum kontrolliert werden, ob und welche Unternehmen gegen die Appelle verstoßen. Ursprünglich stabilitätsbewusste Unternehmen könnten sogar angeregt werden, ihre unter den Leitliniensätzen geplanten Preiserhöhungen an die höheren Orientierungsdaten anzupassen.

Richten sich die Mahnungen gegen einzelne Unternehmen oder die Hersteller bestimmter Güter, so erleichtert diese Selektion den Nachweis stabilitätswidrigen Preisverhaltens in der Öffentlichkeit.¹⁵⁷ Die beschriebene Ausprägung der moral-suasion-Politik zielt vorwiegend auf die Preisniveaustabilisierung.¹⁵⁸ Auswirkungen auf die Auslastung des gesamtwirtschaftlichen Produktionspotentials und die Arbeitslosenrate dürften dann eintreten, wenn über Erfolge an der Preisfront Mengeneffekte ausgelöst werden.

b. Preiskontrollen und Genehmigungsverfahren

Während die moral-suasion-Politik in der Bundesrepublik Deutschland eine gängige Maßnahme zur Beeinflussung von Preisen und Löhnen darstellt, haben Preiskontrollen mit besonderem Blick auf die Stabilisierungsziele kaum eine Bedeutung erlangt. Es sei jedoch auf die staatliche Mitwirkung bei der Preisbildung und Preisüberwachung der Preise bei öffentlichen Verkehrsmitteln, "ferner bei Elektrizität, Gas und Wasser, sowie auf die Preise für landwirtschaftliche Produkte im Rahmen der europäischen Agrarmarktordnungen"¹⁵⁹ hingewiesen. Andere europäische Staaten¹⁶⁰ und die Vereinigten Staaten¹⁶¹ haben mit Preiskontrollen reichhaltige Erfah-

¹⁵⁶ vgl. STR, JG 1972/73, Ziff. 476

¹⁵⁷ vgl. H.-A. Pfromm, Einkommenspolitik und Verteilungskonflikt, a.a.O., S. 77f

¹⁵⁸ vgl. SVR, JG 1967/68, Ziff. 373 ff.

¹⁵⁹ M. Kern, Hockel, F. Sonderkötter, Die ökonomische und juristische Problematik direkter Eingriffe, a.a.O., S. 164.

¹⁶⁰ vgl. "Handelsblatt" Nr. 89 vom 10./11. Mai 1975, S. 4; "Frankfurter Allgemeine" Nr. 127 vom 5. Juni 1975, S. 9.

rungen. Als Varianten der Preiskontrollen wurden Höchstpreise, Handelsspannenbeschränkungen, das Recht zum Einblick in die Preiskalkulationen, die Einrichtung von Kontrollinstanzen und andere verordnet.

In den USA sollten die Preis- und Lohnkontrollen einen "Schockeffekt auf die öffentliche Inflationsmentalität"¹⁶² bewirken; Erfolge bei der Bekämpfung von Inflation und Arbeitslosigkeit waren aber nur vorübergehend festzustellen. Wie in anderen Ländern Europas wurden nach dem Auslaufen der Kontrollen zuvor unterlassene Preiserhöhungen umso deutlicher nachgeholt.

c. Preisstopp

Ähnliche Ergebnisse wie bei der Beendigung von Preiskontrollen zeigten sich nach dem Auslaufen von Preisstopps oder irgendwelchen strengen, intervenierenden preispolitischen Maßnahmen. Preisstopps treten meistens als Vorläufer anderer, lockerer Maßnahmen auf und sind daher meistens zeitlich eng limitiert.

Die einkommenspolitischen Aktivitäten in den USA im Jahre 1971 und den Folgejahren wurden eingeleitet "durch die Einfrierung der Preise, Mieten, Löhne und Gehälter für die Dauer von 90 Tagen".¹⁶³ Der Lohn- und Preisstopp kam so überraschend und für die Gewerkschaften und Unternehmen unvorbereitet, dass Preissteigerungen nicht mehr antizipiert werden konnten. Er diente schließlich dem Ziel, "die notwendige Zeit für die Installierung eines dauerhaften und flexiblen Kontrollsystems für Löhne und Preise zu gewinnen"¹⁶⁴.

Eine Änderung des gesellschaftlichen und sozialen Einkommensanspruchsverhaltens und der Inflationsmentalität dürfte jedoch über die kurzfristige Maßnahme eines Preisstopps oder über die bisher geübte Praxis der Lohn- und Preiskontrollen nicht erreichbar sein.¹⁶⁵ Beobachtungen in den USA und vielen westeuropäischen Ländern¹⁶⁶ haben das bestätigt.

¹⁶¹ vgl. Chr. Busch-Lüty, Ein Jahr Lohn-Preis-Kontrollen in den USA, "Konjunkturpolitik", Berlin, 18. Jg. (1972), S. 361ff.

¹⁶² Ebenda, S. 364

¹⁶³ Chr. Busch-Lüty, Ein Jahr Lohn-Preis-Kontrollen. in den USA, a.a.O., S. 360

¹⁶⁴ Ebenda

¹⁶⁵ vgl. SVR, JG 1972/75, Ziff. 477 ff.; Chr. Busch-Lüty, Ein Jahr Lohn-Preis-Kontrollen in den USA, a.a.O., S. 367f.

¹⁶⁶ vgl. "Handelsblatt" Nr. 89 vom 10./11. Mai 1975. S. 4

d. Aspekte einer Cost- Benefit-Betrachtung preispolitischer Kontrollen

Angesichts der Tatsache, dass Erfolge an der Preisfront nur vorübergehend eintreten, eine Änderung der Inflationsmentalität unwahrscheinlich erscheint und positive Auswirkungen auf das Ziel Vollbeschäftigung kümmerlich sind, bleibt zu fragen, was Preis- und Lohnkontrollen¹⁶⁷ allein als kurzfristige einkommenspolitische Maßnahme einer Stabilisierungspolitik dem Staat und seinen Bürgern einbringen.

- Kontrollen schränken den persönlichen Freiheitsspielraum ein.
- Allerdings tritt an die Stelle willkürlicher privater Machtausübung nur die staatliche Machtausübung.¹⁶⁸
- Das Ziel einer Einkommenspolitik, die Konflikte der eskalierenden Gruppen zu regulieren oder zu absorbieren, wird mit Kontrollen nicht erreicht.¹⁶⁹
- Die verteilungspolitischen Aktivitäten setzen sich nach Aufhebung der Kontrollen verschärft fort.
- Die hohen administrativen Kosten stehen wegen des geringfügigen stabilisierungspolitischen Nutzens in einem ungünstigen Verhältnis zum Erfolg.¹⁷⁰

¹⁶⁷ Preiskontrollen sind hier im weitesten Sinne zu verstehen und schließen den Lohn- und Preisstopp ein.

¹⁶⁸ vgl. J. K. Galbraith, Inflation, Rezession und Kontrollen. Die unangenehme Entscheidung, die der Himmel den Amerikanern zugeordnet hat. in: J. K. Galbraith, Wirtschaft, Friede und Gelächter, München/Zürich 1972, S. 113, S. 115

¹⁶⁹ vgl. J. Pen, Harmonie und Konflikt in der Einkommenspolitik, a.a.O., S. 125; OECD (Hrsg.) Policies for Price Stability, a.a.O., S. 25

¹⁷⁰ vgl. Chr. Busch-Lüty, Ein Jahr Lohn-Preis-Kontrollen in den USA, a. a. O., S. 372 f.

3. Instrumente einkommenspolitisch wirksamer Strukturpolitik

Einkommenspolitisch wirksame Strukturmaßnahmen¹⁷¹ üben über die Veränderung der institutionellen Rahmenbedingungen indirekt Einfluss aus auf die Einkommensentstehung und damit die Realisierung der stabilitätspolitischen Zielsetzungen. Von der Vielzahl der Politiken werden im Einzelnen die Arbeitsmarkt-, Verbraucher- und Wettbewerbspolitik vorgestellt. Die Ausgestaltung dieser Politiken vollzieht sich in allernächster Nähe des Einkommensentstehungsprozesses.¹⁷²

a. Arbeitsmarktpolitik

Ziel des im Jahre 1969 kodifizierten Arbeitsförderungsgesetzes ist eine aktive vorausschauende Arbeitsmarktpolitik. Im Rahmen der Wirtschafts- und Sozialpolitik soll Arbeitsmarktpolitik einen hohen Beschäftigungsstand anstreben und aufrechterhalten, die Beschäftigtenstruktur ständig verbessern und das Wachstum der Wirtschaft fördern.¹⁷³ Wenn Arbeitsmarktpolitik besser entwickelt wird, kann sie sogar der Einkommenspolitik als Vermittler dienen, um Preisniveaustabilität und Vollbeschäftigung kompatibler zu gestalten.¹⁷⁴ Arbeitsmarktpolitik soll nicht auf Fehlentwicklungen reagieren, sondern erkennbare berufliche, sektorale und regionale Entwicklungstendenzen einbeziehen.¹⁷⁵

Die teils unmittelbaren, teils mittelbaren Einflüsse - u.a. auf Konjunkturwandel und wirtschaftlichen Strukturwandel zurückzuführen - der Maßnahmen des AFG haben folgende Zielsetzungen:

- "Vermeidung von Arbeitslosigkeit, unterwertiger Beschäftigung und Arbeitskräftemangel,
- Verbesserung der beruflichen Beweglichkeit,
- Milderung der Folgen des technischen Fortschritts für die Erwerbstätigen,

¹⁷¹ Die Bedeutung der Wachstums-, Währungs-, Regional- und Infrastrukturpolitik usw. wird mit dieser Auswahl nicht in Frage gestellt.

¹⁷² vgl. H.-A. Pfromm, Einkommenspolitik und Verteilungskonflikt, a.a.O., S. 82

¹⁷³ vgl. Arbeitsförderungsgesetz, § 1

¹⁷⁴ vgl. D. C. Bok, J. T. Dunlop, Labor and the American Community, New York .1970, S. 304f.

¹⁷⁵ vgl. K. G. Werner, Arbeitsmarktpolitik, a.a.O., S. 7

- Förderung der beruflichen Eingliederung körperlich, geistig oder seelisch Behinderter,
- Unterstützung bei der beruflichen Eingliederung von Frauen auf dem Arbeitsmarkt,
- Erleichterung der beruflichen Eingliederung älterer sowie anderer Arbeitnehmer, deren Unterbringung unter den üblichen Bedingungen des Arbeitsmarktes erschwert ist,
- Verbesserung der Beschäftigungsstruktur nach Gebieten und Wirtschaftszweigen."¹⁷⁶

Die arbeitsmarktpolitischen Instrumente des AFG umfassen:

Berufsberatung; Arbeitsvermittlung und Arbeitsberatung; Förderung der beruflichen Bildung; Leistungen zur Erhaltung und Schaffung von Arbeitsplätzen; Verdienstausschlag bei Unterbeschäftigung; Arbeitsmarktbeobachtung, Arbeitsmarkt- und Berufsforschung.¹⁷⁷

Die positiven Wirkungen einer Arbeitsmarktpolitik auf Arbeitslosigkeit und Preisniveau wurden in verschiedenen Untersuchungen festgestellt.¹⁷⁸

¹⁷⁶ A. Degen, Erfahrungen mit dem AFG, a.a.O., S. 19

¹⁷⁷ vgl. ebenda, S. 22

¹⁷⁸ vgl. H.-A. Pfromm, Einkommenspolitik und Verteilungskonflikt, a.a.O., S. 83. Auf dieser Seite finden sich Literaturhinweise.

b. Verbraucherpolitik

Offensichtlich angeregt durch die Konsumerimus-Welle in den Vereinigten Staaten und durch Aktivitäten der Verbraucherverbände in der BRD, legte die Bundesregierung im Oktober 1971 erstmalig einen Bericht zur Verbraucherpolitik vor.¹⁷⁹ Da die Verbraucher in vielen Fällen über nur geringe Informationen, Marktübersicht, Produkt- und Preiskenntnisse verfügen, sind sie im tatsächlichen Marktgeschehen meistens der schwächere Wirtschaftspartner.¹⁸⁰ Um diesem Übel und den daraus erwachsenden Nachteilen zu begegnen, stellte die Bundesregierung einen umfassenden Katalog verbraucherpolitischer Maßnahmen auf, der unter anderem an dem Ziel der "Sicherung der Kaufkraft der Realeinkommen aller Verbraucher"¹⁸¹ orientiert ist. Gewichtige Erfolge der Verbraucherpolitik mit besonderem Blick auf die Preisniveaustabilisierung dürften wegen der bis heute sehr geringen Aktivitäten kaum erzielt worden sein. Der Sachverständigenrat nimmt jedoch von dem von der Bundesregierung unterstützten Verbraucher-Informationssystem an, dass es, "auf breiter Basis errichtet, zu einem wirksamen Instrument gegen Anbietermacht auf den Konsumgütermärkten werden könnte"^{182 183}

¹⁷⁹ vgl. Bundesministerium für Wirtschaft und Finanzen, Bericht zur Verbraucherpolitik, Bundestagsdrucksache VI/2724, Bonn 1971, S. 1 - 19

¹⁸⁰ vgl. ebenda, S. 4ff.

¹⁸¹ Ebenda, S. 3

¹⁸² SVR, JG 1974/75, Ziff. 437

¹⁸³ vgl. B. Molitor, Verteilungspolitik in der Marktwirtschaft, a.a.O., S. 217

c. Wettbewerbspolitik

Wettbewerbspolitik kann einen wesentlichen Beitrag leisten, den mit Macht ausgetragenen Verteilungskampf zu entschärfen¹⁸⁴ und Preisniveaustabilität ohne Gefahren für die Vollbeschäftigung zu erreichen.¹⁸⁵ Es gilt, die Neigung zu mildern, "Marktmacht in der Einkommenspolitik zu nutzen."¹⁸⁶ Die Aufhebung der gewerkschaftlichen Tarifautonomie steht in der BRD nicht ernsthaft zur Diskussion, obwohl gerade von dieser Seite entscheidende Impulse auf die in den Preisen enthaltenen Lohnkosten und den Beschäftigungsgrad ausgehen.¹⁸⁷ Der Wettbewerbspolitik auf den Gütermärkten waren nur kleine Erfolge beschieden. Weite Bereiche der Volkswirtschaft sind von den Regelungen des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB) ausgenommen.¹⁸⁸ Von der vorbeugenden Fusionskontrolle gehen keine einschneidenden Maßnahmen zur Einschränkung von Anbietermacht aus, da

- die Kriterien, an die die Kontrolle von Zusammenschlüssen anknüpft, noch viel Interpretationsspielraum lassen,¹⁸⁹
- über ein Erlaubnisverfahren vom Bundeswirtschaftsministerium sogar der Zusammenschluss sehr großer Unternehmen erwirkt werden kann, wenn gesamtwirtschaftliche Vorteile oder ein überragendes Interesse der Allgemeinheit vorliegen.¹⁹⁰

Noch im Jahresgutachten 1971/72 konstatierte der SVR: "Die ebenfalls im Gesetz geregelte Kontrolle des Missbrauchs wirtschaftlicher Macht durch marktbeherrschende Unternehmen ist dagegen weitgehend unwirksam geblieben"¹⁹¹. Der Kartellsenat vom Berliner Kammergericht legte nun im Präzedenzverfahren gegen Merck erstmals eine Begründung zu der Streitfrage vor, "ob das Kartellamt bei sei-

¹⁸⁴ vgl. SVR, JG 1974/75, Ziff. 436

¹⁸⁵ vgl. SVR, JG 1971/72, Ziff. 380

¹⁸⁶ SVR, JG 1974/75, Ziff. 439

¹⁸⁷ vgl. U. Teichmann, Lohnpolitik, a.a.O., S. 47 f., J. Tinbergen, Vor- und Nachteile einer staatlichen Lohnpolitik, HbgJb, Hrsg. H.-D. Ortlieb, 6. Jahr, Tübingen 1961, S. 69f.

¹⁸⁸ vgl. SVR, JG 1974/75, Ziff. 350

¹⁸⁹ vgl. SVR, JG 1971/72, Ziff. 394 ff.

¹⁹⁰ vgl. GWB, § 24

¹⁹¹ SVR, JG 1971/72, Ziff. 377

ner Missbrauchsaufsicht über marktbeherrschende Unternehmen grundsätzlich auch in die Preisgestaltung eingreifen und "zu hohe" Preise untersagen darf¹⁹². Die Feststellung, dass sich die Missbrauchsaufsicht auch auf die Fixierung von Preisen richten kann¹⁹³, dürfte eine Signalwirkung für die Preisbildungspolitik marktbeherrschender Unternehmen ausgelöst haben. Es darf jedoch nicht übersehen werden, dass die Missbrauchsaufsicht als Teil der Wettbewerbspolitik nicht als direktes konjunkturpolitisches Instrument zur Sicherung von Preisniveaustabilität dient, "sondern als Teil der Wettbewerbspolitik an dem langfristigen Ziel der Erhaltung der marktwirtschaftlichen Ordnung orientiert sein muss"¹⁹⁴.

¹⁹² Missbrauchsaufsicht darf auch Preiskorrektur sein, "Frankfurter Allgemeine" Nr. 139 vom 20. Juni 1975, S. 5

¹⁹³ "Frankfurter Allgemeine" Nr. 139 vom 20. Juni 1975, S. 5

¹⁹⁴ K. Markert, "Handelsblatt" Nr. 79 vom 24. April 1975, S. 5

C. Zu dem Vorschlag einer prozess- und verteilungspolitisch integrierten Einkommenspolitik

Ausgangspunkt des Vorschlags von Pfromm¹⁹⁵ bildet die Analyse der wechselseitigen Beeinflussung von Verteilungsansprüchen und Prozessablauf.¹⁹⁶ Je nach den machtpolitischen und konjunkturellen Bedingungskonstellationen setzen die gesellschaftlichen Gruppen im prozessualen Ablauf Einkommensansprüche durch, die laufend eine gegenseitige Korrektur erfahren. Das Ergebnis des von konfliktgeladenen Aktivitäten beherrschten Wirtschaftsablaufs ist die Verteilungsinflation.¹⁹⁷ Werden die Einkommensansprüche der Privaten durch restriktive geld- und fiskalpolitische Instrumente limitiert, entsteht wegen der Aufgabe unrentabler Investitionsobjekte Arbeitslosigkeit.¹⁹⁸

Die vornehmlich prozesspolitisch ausgerichtete Stabilisierungspolitik sowie die Vorschläge des SVR beinhalten im Wesentlichen eine verteilungsneutral konzipierte Einkommenspolitik. Eine solche Absicht kann in einem von laufenden Wandlungen der institutionellen Rahmenbedingungen geprägten Wirtschaftssystem nicht verwirklicht werden.¹⁹⁹

Als Fazit wird festgehalten: Vollbeschäftigung und vor allem Preisniveaustabilität werden von den Verteilungsanstrengungen dann nicht gefährdet, wenn das Verteilungsziel selber in den Stabilisierungspolitischen Zielkatalog aufgenommen wird, d.h., wenn ein Konsens über die Verteilung der Einkommenszuwächse erreicht wird.²⁰⁰ Dazu unterbreitet Pfromm den Vorschlag "einer prozess- und verteilungspolitisch integrierten Einkommenspolitik".²⁰¹

Der prozesspolitische Aspekt beinhaltet ein koordiniertes Abschöpfen der Konsum-, Investitions- und Staatsnachfrage im Boom, das nach dem indikatorgebundenen Ausruf²⁰² einer kollektiven Stabilisierungsphase erfolgt.²⁰³ Die der Wirtschaft ent-

¹⁹⁵ vgl. H.-A. Pfromm, Einkommenspolitik und Verteilungskonflikt, a.a.O., S. 139-147

¹⁹⁶ Die Beziehungen wurden unter den Thesen des anbieterbestimmten Verhaltens diskutiert.

¹⁹⁷ vgl. H.-A. Pfromm, Einkommenspolitik und Verteilungskonflikt, a.a.O., S. 121 ff.

¹⁹⁸ vgl. SVR, JG 1974/75, Ziff. 375 ff.

¹⁹⁹ vgl. SVR, JG 1972/73, Ziff. 463 ff.

²⁰⁰ vgl. K. W. Rothschild, Über die Wichtigkeit und Vernachlässigung der Verteilungspolitik, a.a.O., S. 202 ff.

²⁰¹ H.-A. Pfromm, Einkommenspolitik und Verteilungskonflikt, a.a.O., S. 125

²⁰² vgl. BMWF (Hrsg.), Gutachten des Wissenschaftlichen Beirats beim BMWF, "Regelmechanismen und regelgebundenes Verhalten in der Wirtschaftspolitik, Göttingen 1971

zogene Liquidität wird in einen so genannten Fonds zur Kollektiven Kapitalbildung - vom Staat verzinslich - stillgelegt und in einem konjunkturpolitisch günstigen Zeitpunkt der Einkommensverwendung wieder zugeführt.

- Die Nachfragesteuerung des Konsums entspricht etwa den Lohnfondskonzept Teichmanns.²⁰⁴
- Die Nachfragesteuerung der Staatsausgaben ist vergleichbar mit der Konjunkturausgleichsrücklage.²⁰⁵
- Zur Nachfragesteuerung der Investitionen leisten die Unternehmen eine Abgabe an den Fonds.²⁰⁶ Bemessungsgrundlage sind Gewinn oder Ertragspositionen, von denen die Angabe prozentual ermittelt wird.

Der Kollektive Kapitalbildungs-Fonds übt mit den angesammelten Beträgen eine Art Investitionslenkung aus, da die Fondsverwaltung als Kreditgeber an den Investitionsentscheidungen der Unternehmen teilnimmt.

Der verteilungspolitische Aspekt beinhaltet

- die Einengung des verteilungspolitischen Anspruchsverhaltens über eine prozesspolitische Nachfragesteuerung vor allem in der Hochkonjunktur und
- die Aufnahme des Verteilungszieles in den Zielkatalog der offiziellen Wirtschaftspolitik.

²⁰³ vgl. H.-A. Pfromm, Einkommenspolitik und Verteilungskonflikt, a.a.O., S. 142

²⁰⁴ vgl. U. Teichmann, Lohnpolitik, a.a.O., S.122ff.

²⁰⁵ vgl. H. Timm, Wirksame konjunkturpolitische Instrumente, a.a.O, S. 350

²⁰⁶ vgl. H.-A. Pfromm, Einkommenspolitik und Verteilungskonflikt, a.a.O., S. 142

Die Prozess- und Verteilungseffekte der Konsumabschöpfung und der Konjunkturausgleichsrücklage werden hier nicht weiter diskutiert.²⁰⁷ Bei der Beurteilung der Investitionsabgabe²⁰⁸ wird in erster Linie die grundsätzliche verteilungspolitische Problematik thesenartig geklärt.²⁰⁹

1. Als Gegenleistung der antizyklischen Abgabe bieten die Gewerkschaften keine verteilungsneutrale produktivitätsorientierte Lohnpolitik an.²¹⁰
2. Die Abgabe hat den Charakter einer Gewinnbeteiligung; denn die abgeschöpften Beträge gehen in das Eigentum des Kollektiven Kapitalbildungs-Fonds über. Dessen Anteilseigner sind die Arbeitnehmer.²¹¹
3. Das Verteilungsziel ist konkretisiert; die Benachteiligten und Begünstigten sind explizite angesprochen.²¹²
4. Die Konkretisierung des Verteilungszieles ist einseitig; sie enthält keinen Konsens, sondern eine aufoktroierte Verhaltensweise zu Lasten der Unternehmen.
5. Die Verteilungskonflikte sowie daraus resultierende Konflikte mit den Stabilisierungszielen werden damit nicht beigelegt, sondern noch verschärft.

²⁰⁷ Die Effekte lassen sich über alternative Annahmen von Veränderungen der Konsum- und Investitionsneigung sowie des Preisverhaltens abschätzen. Es sei auf die Ausführungen zur Verstetigungspolitik in dieser Arbeit auf den Seiten 40-48 und zu den Vorschlägen der Konfliktregulierung einer stabilitäts- und verteilungsorientierten Lohnpolitik auf den Seiten 48-52 hingewiesen.

²⁰⁸ Der Investitionseffekt einer "marginalen" Gewinnabschöpfung im Verhältnis zum gesamten Investitionsvolumen lässt sich ohne weiteres nicht abschätzen. Für die Investitionsentscheidung maßgeblich sind - vom Umverteilungseffekt der Gewinnbeteiligung abgesehen - der sonstige Finanzierungsspielraum einer Unternehmung, die Konsum-, Staats- und Auslandsnachfrage, usw.

²⁰⁹ Die Problematik der Gewinnbeteiligung, diese Etikette müsste die antizyklische Abgabe tragen, kann wegen des weiten Spektrums nur ansatzweise diskutiert werden.

²¹⁰ H.-A. Pfromm, Einkommenspolitik und Verteilungskonflikt, a.a.O., S. 145

²¹¹ vgl. ebenda, S. 143

²¹² Die Diskussion um die Lohnquote brachte Schwierigkeiten zutage, von der "funktionellen" auf die "personelle" Einkommensverteilung zu schließen. Die Orientierung der Wirtschaftssubjekte an einer unmodifizierten Verteilungsquote vom Gesichtspunkt einer "gerechten" personellen Einkommensverteilung als verfehlt anzusehen. vgl. K.-W. Rothschild, Zur Arithmetik und Interpretation von Lohnquoten, HbgJb, Hrsg. H.D. Ortlieb, B. Molitor, 13.Jahr, Tübingen 1968, S. 143-158; H.-J. Krupp, Grundzüge einer verteilungspolitisch orientierten Theorie der personellen Einkommensverteilung, HbgJb, Hrsg. H.-D. Ortlieb, B. Molitor, 13. Jahr, Tübingen 1968, S. 159-169

Die Konsequenzen in Bezug auf die Stabilisierungsziele sind folgende:

Die Unternehmen werden die Abgabe entweder wie Kosten behandeln und entsprechend in den Preisen antizipieren oder das Gewinnziel nach oben korrigieren. Das Ergebnis der beiden Anpassungsmaßnahmen unterscheidet sich nicht. Der Konflikt zwischen dem Einkommensanspruchsverhalten der Unternehmen und dem Ziel der Preisniveaustabilisierung wird nicht gelöst, sondern noch verschärft. Schließen mangelnde Überwälzungsmöglichkeiten die Realisierung der Einkommensansprüche aus, werden unrentable Investitionsobjekte stillgelegt. Das Einkommensanspruchsverhalten steht in Konflikt mit dem Vollbeschäftigungsziel. Vor diesem Hintergrund ist das Ziel einer angemessenen Wachstumsrate nicht mehr erreichbar.

V. Einkommenspolitik als Bestandteil eines komplexen stabilisierungspolitischen Konzepts

Die vorherigen Ausführungen haben erstens eine Standortbestimmung der Einkommenspolitik mit sonstigen Stabilisierungspolitiken skizziert, vor allem mit der Geld- und Fiskalpolitik.

Eine wesentliche Behandlung wurde dabei der Lohnpolitik zuteil, die in der Bundesrepublik Deutschland lange Zeit die Hauptlast einer Einkommenspolitik tragen sollte. Bei realistischer Einschätzung kann jedoch davon ausgegangen werden, dass die Lohnpolitik als wesentliches Instrument der Stabilisierungspolitik dazu allein nicht in der Lage ist. Als zyklen- und kostenbildende Faktoren kommen eine Vielzahl anderer Einflüsse in Frage, die sowohl das Preisniveau als auch den Beschäftigungsgrad mitbestimmen.²¹³ Die Darstellung dieser Interdependenzen zwischen der technischen, sozialen und ökonomischen Entwicklung, dem Einkommensbildungsprozess und den Stabilitätszielen hätte zu weit geführt. Eines dürfte jedoch klar geworden sein:

Einkommenspolitik ist - über eine Lohnpolitik hinaus - komplementär zu anderen Politiken zu betreiben. Es ist allerdings zu fragen, welchen Stellenwert sie dabei einnimmt.

Damit war zweitens eine Einschätzung der Wirksamkeit und Erfolge der Einkommenspolitik selber angebracht. Die dafür erforderliche Bestandsaufnahme konnte die weit gefächerten Bedingungskonstellationen sowie die institutionellen Rahmenbedingungen in Wirtschaft und Gesellschaft nur unzureichend wiedergeben. Zu bemerken bleibt folgendes:

Die Gewerkschaften haben den ihnen zugedachten Part nicht gespielt. Auf der Angebotsseite vieler Güter und Faktormärkte vollzieht sich marktmäßige Koordination unter Bedingungen, die den Namen Wettbewerb nicht mehr verdienen. Und so kann es nicht verwundern, wenn der SVR den mit Marktmacht ausgetragenen, organisierten Verteilungskampf zum Kernproblem der Stabilität erhebt.²¹⁴ Die Ausfüh-

²¹³ vgl. U. Teichmann, Konjunktur- und Wachstumspolitik - Konflikt oder Konnex, Wiesbaden 1972. S. 67 ff.

²¹⁴ vgl. SVR, JG 1972/73, Ziff. 467 ff.

rungen zu den Theorien des anbieterbestimmten Verhaltens haben die Inkompatibilitäten zwischen den hoch gesteckten verteilungspolitischen Zielen und den Stabilisierungszielen herausgestellt. Die bisher geübte staatliche Einkommenspolitik kann als gescheitert angesehen werden.

Allein mit den beschwichtigenden Worten einer Moral-suasion-Politik kann ein Verteilungskampf nicht gelöst werden. Dazu bedarf es anderer Mittel.

Der Ausbau der institutionellen Rahmenbedingungen müsste forciert werden. Den Instrumenten der Arbeitsmarkt-, Verbraucher- und Wettbewerbspolitik kommt besondere Bedeutung zu.

Als problematisch müssen unmittelbare Eingriffe in die Tarif- und Preisautonomie angesehen werden. Die Erfahrungen in anderen Ländern mit Lohn- und Preiskontrollen sind nicht gerade ermutigend.

Als letztes Mittel bietet sich die Klärung der verteilungspolitischen Frage selber an. Die Beteiligten müssten einen Konsens über das verteilbare Einkommen finden. Die Aufforderung des SVR, die Chancen der Kooperation im Sinne der stabilisierungspolitischen Zielsetzungen zu nutzen, harrt indes einer Lösung.²¹⁵

²¹⁵ vgl. ebenda, Ziff. 472 ff.

Literaturverzeichnis

- Ackley, G. A Third Approach to the Analysis and Control of Inflation, in; The Relationship of Prices to Economic Stability and Growth, Hrsg. Joint Economic Committee, Washington 1958
- Aujac, H. Inflation as the Monetary Consequence of the Behaviour of Social Groups: A Working Hypothesis, International Economic Papers, London, New York, No. 4 (1954), S. 109 - 123
- Bohley, P. Die Rezession der Jahre 1957/58 in den Vereinigten Staaten von Amerika unter besonderer Berücksichtigung des Preisverhaltens, Volkswirtschaftliche Schriften, Hrsg. J. Broermann, Heft 69, Berlin 1963
- Derselbe Preistheorie und „Administered Price Behaviour“, „Konjunkturpolitik“, Berlin, 10. Jg. (1964), S. 237 - 254
- Bok, D. C.,
Dunlop, J. T. Labor and the American Community, New York 1970
- Brauckmann, G. Der Einfluss des Konjunkturverlaufs auf die gewerkschaftliche Mitgliederbewegung, Diss. Waltrop 1972
- Brunner, K. Eine Neuformulierung der Quantitätstheorie des Geldes, „Kredit und Kapital“, Berlin, 3. Jg. (1970), S. 1 - 30
- BMWF Bericht zur Verbraucherpolitik, Bundestagsdrucksache VI/2724, Bonn 1971, S. 1 - 19
- Derselbe Gutachten des Wissenschaftlichen Beirats beim BMWF, „Regelmechanismen und regelgebundenes Verhalten in der Wirtschaftspolitik, Göttingen 1971
- Busch-Lüty, Chr. Ein Jahr Lohn-Preis-Kontrollen in den USA, „Konjunkturpolitik“, Berlin, 18. Jg. (1972), S. 357 - 375
- Christmann, A. Gewerkschaftsbewegung und Gewerkschaftstheorie, Diss. Hamburg 1963
- All `Asta, E. R. Theorie der Lohnpolitik, Volkswirtschaftliche Schriften, Hrsg. J. Broermann, Heft 156, Berlin 1971
- Degen, A. Erfahrungen mit dem Arbeitsförderungsgesetz (AFG) in Nordrhein-Westfalen, Start in eine aktive Arbeitsmarktpolitik, Hrsg. DGB, Düsseldorf 1974, S. 19 - 30

- Deutsche Bundesbank Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, 27. Jg. Nr. 8, Frankfurt 1975
- Dürr, E. u. a. Konzept zur Rückgewinnung der Stabilität, Bonn, 23. April 1974
- Föhl, C. Über die Möglichkeit einer Beeinflussung der Vermögensbildung und ihrer Verteilung, in: Soziale Sicherheit, Hrsg. B. Külp, W. Schreiben, Köln/Berlin 1971, S. 409 - 434
- Frankfurter Allgemeine Nr. 127 vom 5. Juni 1975
- Dieselbe Nr. 139 vom 20. Juni 1975
- Friedmann, M. The Role of Monetary Policy, „The American Economic Review“, Vol. 58 (1968)
- Gahlen, B. Grundfragen der Stabilisierungspolitik, in: Stabilisierungspolitik, WSI-Studie zur Wirtschafts- und Sozialforschung, Hrsg. WSI, Studie Nr. 27, Köln 1974, S. 7 - 29
- Galbraith, J. K. Inflation, Rezession und Kontrollen. Die unangenehme Entscheidung, die der Himmel den Amerikanern zuge-dacht hat, in: Wirtschaft, Frieden und Gelächter, Hrsg. J. K. Galbraith, München/Zürich 1972
- Grosser, G. Das Inflationsproblem in internationaler Sicht, HbgJb, Hrsg. H.-D. Ortlieb, B. Molitor, W. Krone, 18. Jahr, Tübingen 1973, S. 95 - 117
- Haberler, G. Geldinflation, Nachfrageinflation, Kosteninflation, in: Stabile Preise in wachsender Wirtschaft, Festschrift für E. Schneider zum 60. Geburtstag, Hrsg. G. Bombach, Tübingen 1960, S. 79 - 104
- Handelsblatt Nr. 89 vom 10./11. Mai 1975
- Hoppmann, E. Konzertierte Aktion als Instrument der Globalsteuerung, „WiSt“, München und Frankfurt, 1. Jg. (1972), S. 7 - 12
- Jarchow, H.-J. Theorie und Politik des Geldes, I. Geldtheorie, Göttingen 1973
- Kern, M.,
Hockel, D.,
Sonderkötter, F. Die ökonomische und juristische Problematik direkter Eingriffe in die Lohn- und Preisbildung, „WISU“, Tübingen/Düsseldorf, Jahresregister `74, S. 163 - 169

- Klaus, J. Die Konzertierte Aktion als Instrument der Neuen Wirtschaftspolitik, in: Neue Wege der Wirtschaftspolitik, Hrsg. E. Dürr, Schriften des Vereins für Socialpolitik, NF Bd. 67, Berlin 1972, S. 11 - 52
- Derselbe Lohnpolitik und gesamtwirtschaftliche Zielsetzungen, in: Lohnpolitik und Einkommensverteilung, Hrsg. H. Arndt, Schriften des Vereins für Socialpolitik, NF Bd. 51, Berlin 1969, S. 99 - 136
- Koblitz, H.-G. Einkommensverteilung und Inflation in kurzfristiger Analyse, Berlin/New York 1971
- Köhler, C. Verstetigungsstrategie - eine konjunkturpolitische Alternative, in: Stabilisierungspolitik, WSI-Studie zur Wirtschafts- und Sozialforschung, Hrsg. WSI, Studie Nr. 27, Köln 1974, S. 123 - 144
- Konrad, A. Monopolistische Preispolitik und Inflation, ORDO, Hrsg. F. Böhm, F. A. Lutz, F. W. Meyer, 18. Bd. (1967), S. 311 - 329
- Krompardt, J. Wachstum und Konjunktur, Göttingen 1972
- Krupp, H.-J. Grundzüge einer verteilungspolitisch orientierten Theorie der personellen Einkommensverteilung, HbgJb, Hrsg. H.-D. Ortlieb, B. Molitor, 13. Jahr, Tübingen 1968, S. 159 - 169
- Derselbe „Personelle“ und „funktionelle“ Einkommensverteilung, in JbfN, Hrsg. F. Lütge, E. Preiser, Bd. 180, Stuttgart 1967, S. 1 - 35
- Külp, B. Lohnbildung im Wechselspiel zwischen politischen und wirtschaftlichen Kräften, Volkswirtschaftliche Schriften, Hrsg. J. Broermann, Heft 84, Berlin 1971
- Larenz, K. F. Untersuchungen zur Einkommenspolitik, Kieler Studien, Hrsg. E. Schneider, Bd. 91, Tübingen 1968
- Markert, K. Handelsblatt Nr. 79 vom 24. April 1975
- Means, G. C. Industrial Prices and Their Relative Inflexibility, Senate Document No. 13, Washington 1935
- Meißner, W. Stabilisierungspolitik in der Bundesrepublik Deutschland: Systemstabilisierung?, in: Stabilisierungspolitik, WSI-Studie zur Wirtschafts- und Sozialforschung, Hrsg. WSI, Studie Nr. 27, Köln 1974, S. 47 - 74

- Molitor, B. Das Konzept einer „kostenniveau-neutralen“ Lohnpolitik, „WISU“, Tübingen/Düsseldorf, Jahresregister `74, S. 271 - 275
- Derselbe Längerfristige Stabilisierungspolitik, P. Oswald v. Nell-Breuning zum 80. Geburtstag, HbgJb, Hrsg. H.-D. Ortlieb, B. Molitor, W. Krone, 15. Jahr, Tübingen 1970, S. 44 - 61
- Molitor, B. Verteilungspolitik in der Marktwirtschaft, in: Wirtschaft und Gesellschaft, Ordnung ohne Dogma, Festschrift für H.-D. Ortlieb, Hrsg. E. Arndt, W. Michalski, B. Molitor, Tübingen 1975, S. 209 - 236
- Derselbe Verteilungswirkungen der schleichenden Inflation, HbgJb, Hrsg. H.-D. Ortlieb, B. Molitor, W. Krone, 15. Jahr, Tübingen 1970, S. 78 - 94
- Oberhauser, A. Der Investivlohn als Mittel der Verteilungspolitik, in: Lohnpolitik und Einkommensverteilung, Hrsg. H. Arndt, Schriften des Vereins für Socialpolitik, NF Bd. 51, Berlin 1969, S. 273 - 291
- Derselbe Der Investivlohn als Weg zu einer breiteren Vermögensstreuung, in: Soziale Sicherheit, Hrsg. B. Külp, W. Schreiber, Köln, Berlin 1971, S. 435 - 447
- OECD (Hrsg.) Policies for Price Stability, A Report to the Economic Policy Committee by its Working Party on Costs of Production and Prices, Paris 1962
- Pen, J. Harmonie und Konflikt in der Einkommenspolitik: Die niederländischen Erfahrungen, in: Probleme der Einkommenspolitik, Hrsg. E. Schneider, Tübingen 1965, S. 123 - 136
- Pfromm, H.-A. Einkommenspolitik und Verteilungskonflikt, Dissertation Frankfurt o.J., Köln 1975
- Phillips, A. W. The Relation between Unemployment and the Rate of Change of Money Wages Rates in the United Kingdom, 1861 - 1957, in: Economica, New Series, Vol. XXV, London 1958, S. 283 - 299
- Rothschild, K. W. Einkommenspolitik oder Wirtschaftspolitik? In: Probleme der Einkommenspolitik, Hrsg. E. Schneider, Tübingen 1965, S. 63 - 80

- Derselbe Politische und ökonomische Aspekte der permanenten Geldentwertung, Beschleunigter Geldwertschwund, - Ursachen und Konsequenzen - , K. W. Rothschild, H.-J. Schmah, Hamburger Hefte für Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik, Hrsg. H.-D. Ortlieb, Heft Nr. 6/7, Hamburg 1973, S. 33 - 58
- Derselbe Über die Wichtigkeit und die Vernachlässigung der Verteilungspolitik, in: Beiträge zur Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik, Festschrift für Th. Pütz, Hrsg. E. Dürr, W. A. Jöhr, K. W. Rothschild, Berlin 1975, S. 197 - 208
- Derselbe Unterschiedliche Dimensionen der Lohntheorie, in: Lohnpolitik und Einkommensverteilung, Hrsg. H. Arndt, Schriften des Vereins für Socialpolitik, NF Bd. 51, Berlin 1969, S. 53 - 81
- Derselbe Zur Arithmetik und Interpretation von Lohnquoten, HbgJb, Hrsg. H.-D. Ortlieb, B. Molitor, 13. Jahr, Tübingen 1968, S. 143 - 158
- Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung (SVR) Jahresgutachten 1964/65: Stabiles Geld- Stetiges Wachstum, Stuttgart/Mainz 1964
- Derselbe Jahresgutachten 1966/67: Expansion und Stabilität, Stuttgart/Mainz 1966
- Derselbe Jahresgutachten 1967/68: Stabilität und Wachstum, Stuttgart/Mainz 1967
- Derselbe Jahresgutachten 1971/72: Währung, Geldwert, Wettbewerb - Entscheidung für morgen, Stuttgart/Mainz 1971
- Derselbe Jahresgutachten 1972/73: Gleicher Rang für den Geldwert, Stuttgart/Mainz 1972
- Derselbe Jahresgutachten 1973/74: Mut zur Stabilisierung, Stuttgart/Mainz 1973
- Derselbe Jahresgutachten 1974/75: Vollbeschäftigung für morgen, Stuttgart/Mainz 1974

- Derselbe Sondergutachten vom 19. Aug. 1975:
Zur konjunkturpolitischen Lage im August 1975
Stuttgart/Mainz 1975
- Sanman Diskussionsbeiträge, in: Beschleunigter Geldwert-
schwund, - Ursachen und Konsequenzen -, K. W. Roth-
schild, H.-J. Schmahl, Hamburger Hefte für Wirt-
schafts- und Gesellschaftspolitik, Hrsg. H.-D. Ortlieb,
Heft Nr. 6/7, Hamburg 1973, S. 59 - 166
- Schmahl, H.-J. Globalsteuerung der Wirtschaft, Hamburg 1970
- Derselbe Stagflation - Herausforderung für die Wirtschaftspoli-
tik, in: Stabilisierungspolitik, WSI-Studie zur Wirt-
schafts- und Sozialforschung, Hrsg. WSI, Studie Nr. 27,
Köln 1974, S. 145 - 161
- Derselbe Prozesspolitik und Wirtschaftsordnung in der Bundesre-
publik Deutschland, in: Wirtschaft und Gesellschaft,
Ordnung ohne Dogma, Festschrift für H.-D. Ortlieb,
Hrsg. E. Arndt, W. Michalski, B. Molitor,
Tübingen 1975, S. 171 - 188
- Seidler, H. Die gegenwärtigen Möglichkeiten einer antizyklischen
Konjunkturpolitik, in: Stabilisierungspolitik, WSI-Studie
zur Wirtschafts- und Sozialforschung,
Hrsg. WSI, Studie Nr. 27, Köln 1974, S. 162 - 176
- Stern/Münch/Hansmeyer Gesetz zur Förderung der Stabilität und des Wachstums
der Wirtschaft, Kommentar, 2. Auflage, Stuttgart 1972
- Stobbe, A. Untersuchungen zur makroökonomischen Theorie der
Einkommensverteilung, Kieler Studie, Hrsg. E. Schnei-
der, Bd. 59, Tübingen 1962
- Teichmann, U. Konjunktur- und Wachstumspolitik - Konflikt oder Kon-
nex, Wiesbaden 1972
- Derselbe Lohnpolitik, Stuttgart 1974
- Timm, H. Wirksame konjunkturpolitische Instrumente, „Wirt-
schaftsdienst“, Hamburg, 47. Jg. (1967), S. 350 - 359
- Tinbergen, J. Vor- und Nachteile einer staatlichen Lohnpolitik,
HbgJb, Hrsg. H.-D. Ortlieb, 6. Jahr,
Tübingen 1961, S. 68 - 73
- Derselbe Wirtschaftspolitik, zweite, unveränderte Auflage,
Freiburg 1972

- Werner, K. G. Arbeitsmarktpolitik in Nordrhein-Westfalen - eine Zwischenbilanz -, Start in eine aktive Arbeitsmarktpolitik, Hrsg. DGB, Düsseldorf 1974, S. 7 - 18
- Ziercke, M. Die redistributiven Wirkungen von Inflationen, Wirtschaftspolitische Studien, Hrsg. H. Jürgensen, Heft 19, Göttingen 1970
- Derselbe Wem schadet die schleichende Inflation?, „Wirtschaftsdienst“, Hamburg, 50. Jg. (1970), S. 593 - 596